kert, immer zu der Auffassung kommen, daß durch das Verhalten Weyers und seiner Freunde der Union nicht gedient, sondern diese gespalten wird und Weyer den Bruch mit der Gesamtorganisation provoziere und damit die Loslösung von der RGI. betreibe. Eben weil Burkert die Erklärung auf dem Bezirkstag abgab, mußte er den Schritt auf die Seite der RGI. tun, denn nur in engster Zusammenarbeit mit der Partei und der RGI. ist es möglich, die Union der Hand- und Kopfarbeiter zu erhalten.

Am 26. Oktober 1924 erklärte Burkert Weyer gegenüber, daß er die Politik der Judenstraße nicht mitmache und unter keinen Umständen gegen die KPD. arbeite. Bei dieser Besprechung erinnerte Burkert Weyer an sein oftmals öffentlich gegebenes Versprechen, daß er, Weyer, zurücktreten würde, wenn dadurch die Einheit der Organisation erhalten bliebe. Weyer erklärte jedoch entgegen seinem bisherigen Standpunkte, daß er nicht zurücktrete, er sagte wörtlich: „Das könne denen so passen." Damit nimmt Weyer denselben Standpunkt ein, den die Bürokraten des ADGB. vertreten. Wenn Weyer nun in einer von etwa 250 Personen besuchten Versammlung seines syndikalistischen Lokalvereins in den Musikersälen Kaiser-Wilhelm-Straße erklärt: „Burkert brauche einen Posten," wenn er demselben Vorwurf gegen die andern Führer erhebt, so beweist er durch seine Weigerung, von seinem Posten zurückzutreten, daß es ihm nicht auf die Union, sondern auf seinen Posten ankommt.

Als nach Weyers Gastrolle in Halle a. d. S., er war dort Bevollmächtigter des DMV., woselbst er der heftigste Unionsfeind gewesen ist, wieder nach Berlin kam und froh war, durch den damaligen Leiter der Union, Genossen Letsch, in Mecklenburg als Agitator für die Union beschäftigt zu werden, eine Aussprache über die Ansetzung Weyers in der Berliner Union stattfand, erklärte Weyer, wenn man 5 Jahre in der Arbeiterbewegung tätig gewesen ist, könne niemand von ihm verlangen, daß er noch einmal in den Betrieb arbeiten gehe. Die Berliner Arbeiterschaft soll nun selbst urteilen, wer am adligsten einen Posten braucht."

Das interessiert sehr stark an diesem ganzen Schlamassel die Behauptung des Redakteurs der „Roten Fahne", daß in der Judenstraße 24 ein syndikalistischer Lokalverein besteht. Demnach ist alles, was als Kommunist eine andere Meinung hat wie die von Moskau abgestimmte, ein Syndikalist. Den „revolutionären" Marxisten der KPD. und dem „Rote-Fahne"-Redakteur ist es ganz entgangen, daß die alte organisatorische Streitfrage innerhalb der Arbeiterschaft — Föderalismus und Zentralismus — durch die Geschichte selbst gelöst worden ist, nämlich durch das revolutionäre Bewußtsein, von dem allerdings in der Union der Hand- und Kopfarbeiter auch nichts zu spüren ist. Der ganze Weyersche Syndikalismus besteht darin, daß er nicht der KPD.-Zentrale gehorcht, sonst ist er nach wie vor für Moskau, also für das kapitalistische Rußland, für die KPD.

Daher waren ja die KAPD. und AAU. allein die syndikalistischen und anarchistischen Wirrköpfe. Mit dem Wort Syndikalismus machte man früher die sozialdemokratischen, glühigen Parteipferde wild. Jetzt geht dies nicht mehr so gut. Jeder denkende Proletarier wird leicht erkennen, daß die jetzigen „Männer" der „Roten Fahne" nichts mehr mit den kommunistischen Prinzipien zu tun haben, sondern, daß die „Rote Fahne" nichts weiter ist als ein Pressereptil des russischen Kapitalismus, der sich auf ehemals revolutionäre Marxisten stützt. Dies ist sein stärkster Aktivposten. Darum gelingt auch den russischen Regierungsleuten so spielend leicht die, unglaublichste Verhetzungskampagne. Die russischen offiziellen Marxisten, jetzt Leninisten, aber des Lenins nach 1921, haben es tatsächlich fertig bekommen, die Begriffe revolutionär und konterrevolutionär umzudeuten. So ist jetzt das traurige Beispiel zu sehen, daß Proletarier, die sich verwirrt sozialistisch und die Lehren der russischen Revolution nicht vergessen haben von anderen Proletariern, die unglücklicherweise zu dem reformistischen Sumpf, in dem es so unendlich stinkt, daß nur die Flucht daraus vor Verödung retten kann, als Konterrevolutionäre, Syndikalisten, überhaupt als Hindernisse in der Erreichung der Diktatur betrachtet und behandelt werden. Dies geschieht verbrecherische Handlungsweise der Bolschewiki nach 1921 wird wohl die Selbstbewußtseinsentwicklung des westeuropäischen Proletariats aufhalten können. Die Proletarier der KPD. werden und müssen erkennen, daß ohne Einigung zwischen Feuer und Wasser keinen fruchtbaren Faktor ergibt. Ebenfalls ein Wolf und Lamm nicht zur Einigung gebracht werden können. Diese Worte Liebknechts haben nach wie vor Geltung, was auch die Führerleute der „Roten Fahne" wissen. Doch wessen Brot ich esse, dessen Lied ich singe. Dieselben „Männer" schreiben morgen gegen die Gewerkschaften, gegen das Parlament, gegen die gesetzlichen Betriebsräte, wenn es von Moskau so verlangt wird und bezeichnen übermorgen auf Geheiß jeden als Konterrevolutionär, als Syndikalist, der so dusselig war und ihre Parole von gestern ausführte und sich etwas dabei dachte. Wie lange wird sich das revolutionäre Proletariat der KPD. diese Rangiererei, die stets den russischen, kapitalistischen Staatsinteressen entspricht, aber nichts mit den Interessen des Weltproletariats zu tun hat, gefallen lassen?

Der S. P. D.-Rio

Die sächsische immer neu aufbrechende Wunde

In Sachsen gärt es ununterbrochen innerhalb der „Völkerbefreienden". Die sächsische Mitgliedschaft der SPD. glaubt noch immer, daß es innerhalb einer Arbeiterpartei so etwas wie Selbstbestimmungsrecht, oder wenn auch dies nicht ganz, so doch wenigstens etwas ähnliches wie Mitbestimmungsrecht geben müßte. Sie hatten damals mit den Kommunisten im Parlament die Tragödie gut geheißen und für richtig gefunden. Ihrer Meinung nach läßt sich das Problem des Wohlergehens des Proletariats durch „gute, ehrliche Führer" lösen. Da dies ja auch die Auffassung der KPD.-Mitgliedschaft ist und es ihnen täglich neu gepredigt wird und man auch ab und zu einen Schwur leisten oder ein Gelübde ablegen läßt, sich nur in den Bahnen der Führer zu bewegen und ihren Anordnungen zu gehorchen, so ist für die „Führer" immer noch ein sehr guter Boden vorhanden, auf dem ihre Existenzen sicher stehen. Der Streit zwischen SPD.- und KPD.-Mitgliedschaft dreht sich nun hauptsächlich darum, wer wohl die besten „Führer" hat. Die KPD. oder die SPD. Innerhalb der eigenen Organisationen wiederum lautet die Frage nun, wer entscheidet über die Qualifikation der „Führer"? Die Mitgliedschaft oder die „Führer" unter sich.

Für jeden Einsichtigen haben bisher stets die „Führer" sich gegenseitig ihre Eignung bestätigt und wer es zu etwas bringen wollte, mußte dem Hauptvorstand genehm sein als oberste „Führer"-Vereinigung. Was für einen einsichtigen Menschen selbstverständlich ist, daß ist für die sächsische Mitgliedschaft immer noch ein Buch mit sieben Siegeln, etwas Verborgenes. Die Mitglieder Sachsens haben es scheinbar vergessen, daß auch die Sozialdemokraten die Reichswehr nach Sachsen schickte und Ermächtigungsgesetze nebst Ausnahmezustand ihr Werk ist. Sie haben noch immer nicht begriffen, daß ihre Stimme in der Organisation nichts ist, nichts

GROSS-BERLIN

Oeffentliche Versammlung

Donnerstag, den 20. November, abends 7 Uhr
Pharus-Säle, Müllerstraße 142

Thema:

Das Dawes-Gutachten — Die kommenden Reichstagswahlen und die Arbeiterklasse
Freie Aussprache

sein kann, dafür aber die „Erwählten" und die von und durch die Demokratie „Begnadeten" eben alles sind und sein müssen, da ja alle parlamentarischen Organisationen dem Aufbau des bürgerlichen Staates entsprechen und seine bürgerliche Ideologie auch die Führer beherrscht und beherrschen muß.

Die Mitgliedschaft der sächsischen SPD. hat bekanntlich in letzter Zeit von ihren Landtagsabgeordneten verlangt, für die Auflösung des Landtages zu stimmen, damit am 7. Dezember auch in Sachsen ein „Großkampftag" mit einem Fetzen Papier stattfinden kann, wofür es unseres Erachtens nach doch noch 'ne bessere Verwendung gibt.

Es lagen für das Verhalten der Parlamentarier einstimmige Beschlüsse der Mitgliedschaften vor und niemand von den SPD.-Proletariern hätte geglaubt, daß es noch etwas anderes als Durchführung der Beschlüsse geben könne. Doch weit gefehlt. 23 gesittete Bürger kümmerten sich nicht darum. Sie fühlten sich sauwohl als „Vertreter" des „Klassenkampfes" im sächsischen Landtag. Darob nun große Entrüstung im großen Haufen. Flugs sind die neuen Anwärter da und fabrizieren eine Resolution, die in ihrem entscheidenden Teil festgehalten werden muß. Der Bericht, den wir dem „Vorwärts" vom 13. November entnehmen, sagt darüber folgendes:

Gedenkt der Klassenkämpfer hinter den Kerkermauern! Sammelt und zeichnet auf den Listen der VPK

Vereinigten Revolutionären Mittelstandspartei-Kommunisten

„In einer Konferenz der sächsischen Landesinstanzen und der Fraktionsminderheit wurde einstimmig folgende Resolution angenommen, die wir in dem entscheidenden Teil folgend wiedergeben:

„Mit der Ablehnung der Auflösung des Landtages haben 23 Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion einen schweren Disziplinbruch begangen, der die Interessen der Partei schwer schädigt. Damit haben die 23 die Verbindung mit der Organisation eigenwillig und unter bewußter Mißachtung der Parteigenossen gelöst. Die Bezirksorganisationen werden ersucht, für die schnellste Abberufung der Disziplinbrecher von ihren Abgeordnetenmandaten zu sorgen.

Die Zustimmung der 23 zu der Vertagung des Landtages bis zum 9. Dezember hat es der sächsischen Parteiorganisation unmöglich gemacht, die in Dresden und Leipzig getroffenen Vereinbarungen durchzuführen. Die Landesinstanzen sprechen den Genossen, die sich für die Durchführung des auf der letzten Landesversammlung einstimmig gefaßten Beschlusses und für die Auflösung des Landtages eingesetzt haben, ihr volles Vertrauen aus und werden sie in jeder Hinsicht stützen.

Die 23 treiben eine Politik auf eigene Faust. Demgegenüber fordern die Landesinstanzen, daß die Abgeordneten der sozialdemokratischen Partei im Landtag die Auflösung und Beschlüsse der sächsischen Parteiorganisationen durchführen.

Die Landesinstanzen der Sozialdemokratischen Partei Sachsens sprechen der Regierung Held das schärfste Mißtrauen aus.

Die Landesinstanzen erwarten von den Parteigenossen aber nicht allein die entschiedene Durchführung dieser Beschlüsse, sondern sie fordern vor allem auch die Genossen zu einer rückhaltlosen Hingabe und zu einem Einsetzen aller Kräfte im beginnenden Reichstagswahlkampf auf, damit sie den Feinden der Arbeiterbewegung zeigen, daß sie auch dann gewillt sind, der sozialdemokratischen und der demokratischen Idee unerschütterlich die Treue zu halten, wenn sie von einigen Mandatsträgern mit Füßen getreten worden ist."

Also erst Disziplinbruch und schnellste Abberufung dieser Mandatsjäger, dann schärfstes Mißtrauen gegen Held und seine 23 Getreuen und dann aber trotz dieser Schläge an alle Mitglieder die Ermahnung von den Landesinstanzen, nun erst recht und nun immer wütender für die Demokratie, für die Sozialdemokratie, für den Wahlkampf, gegen die Klassenfeinde usw. Wahrlich, die haben Mut. Sie wagen ihren Mitgliedschaften allerlei zu bieten.

Während der „Vorwärts" vom 13. November mit bitterer Miene diese Meldung über die sächsische Dauerkrise brachte und nur ganz bescheiden und tasterd ein Kommentar brachte, was wohl aus dem ersten Schreck heraus zu erklären ist, wo man doch schon so schön im Wahlkampf drinsteckte und das Stimmvieh auch ganz gut folgte, hat der Generaltab, der Parteivorstand, die letzten Sätze der Revolution sehr gut verstanden. Prompt erläßt er einen Befehl, den der „Vorwärts" vom 14. November veröffentlicht und der kurz sinngemäß lautet: In Sachsen bleibt es erstmal beim alten. Wir haben zu eurer Erklärung keine Stellung genommen, da alles im Wahlkampf zurückzustehen hat; denn es geht um das zukünftige Geschick der deutschen Arbeiterklasse. Alles andere später einmal.

Wahrhaftig, der Parteivorstand hat Recht und wir schließen uns dem an. Nur möchten wir zum besseren Verständnis der Erklärung des Generalstabes das Wort Arbeiterklasse so übersetzen, wie es von den Wels und Konsorten gemeint ist, nämlich: **Es geht um das zukünftige Geschick der deutschen Führersippe, um uns und unsere Posten geht es, darum hat alles zurückzutreten, was dies eventuell gefährden könnte usw.**

Da ja die „linken" Landesinstanzen der sächsischen SPD. auch nichts anderes wollen, aber doch vor den Mitgliedern so tun müssen, als ob sie täten, so ist die „Einigkeit" der „Völkerbefreienden" wieder ganz hergestellt bis zum nächsten Konflikt. Und diese Mandatsjägerei wird solange möglich sein, solange Proletarier den Wahlkampf mit Klassenkampf verwechseln und sich in den Brutstätten der Korruption, der Bestechung des ekelhaftesten Schmierenkomödiantentums wohlfühlen. Noch immer gilt das Wort:

Nur die allerdümmsten Kälber,
wählen ihren Metzger selber!

Zum Berliner Hochbahnerstreik

Berlin hat seit Dienstag einen populären Streik, den der Hochbahner. Die Eisenbahner, Straßenbahner und das Autobuspersonal stehen oder standen auch in Lohnverhandlungen. Wieweit diese zur Zufriedenheit der Arbeiter gelöst sind, ist noch verborgen. Jedenfalls wird das auffallende Verkehrsmittel durch die Eisenbahn, Straßenbahn und die Autobusse ergänzt insofern, daß die Züge und Straßenbahnen zum Bersten voll sind und die Autobusse in wahnsinnigem Hast durch die Straßen sausen. Kaum angelangt auf der Haltestelle, rattert der Motor weiter und fort geht es in Hast ohne Rah, nur loefahren, das Geschäft blüht.

Während dessen üben die Hochbahner Disziplin und streiken, wie es sich gehört. Ein paar Strolche gibt es auch, die Streikbrecher spielen. Die Nothilfe versagt, weil es wohl ein bißchen kompliziert ist. Ein Glück für die Hochbahner, sonst würden sie an der von den Gewerkschaftsführern großgezogenen technischen Nothilfe ihre helle Freude erleben können.

Doch, was spielt sich in Wirklichkeit ab. Die Direktion will die Tarife erhöhen. Die öffentliche Meinung ist dagegen, die Gewerkschaften auch. Letzteres ist zu verstehen, kommt vor der Wahl. Wie macht man es. Man lehnt jede Lohnverhandlung, trotz riesiger Ueberschüsse, ab, im Gegenteil stellt noch schlechtere Bedingungen und die Hochbahner müssen nun entweder annehmen die Verschlechterungen oder ablehnen, also streiken.

Nehmen sie die Verschlechterungen an, dann geht es ohne Tariferhöhungen; denn diese werden abgebaut durch längere Arbeitszeit der anderen. Lehnen sie ab, nun dann gibt es ganz sicher Tariferhöhungen. Juschka gehört den Mehrheitssozialisten an. (Der Sozialdemokrat Heine als Verteidiger des Domke schweigt.)

Zeuge Arbeiter Wassermann: Unter fortwährenden schweren Mißhandlungen wurde ich zur Wache gebracht. Domke schlug auf einen anderen Eingelieferten los mit den Worten: „Du Hund, ich werde dir den gefallenen Kameraden in Hälse streichen." W. wurden auf der Wache die Haare abgeschnitten. Wenn man seine Unschuld beteuerte, bekam man fürchterliche Hiebe.

Zeuge H. (Arbeiter)): Domke hat mich unter Schlägen mit meinem Spazierstock zur Wache geschleift. Ich wurde dort wieder geschlagen und Domke rief: „Peste, ihr det janz det! Wie ein Stück Vieh bin ich zur Wache geschleift worden bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen worden. Nachher schleppten mich die Beamten auf den Hof, wo ich in einer Blutlache liegen blieb.

Zeuge Sch. (Arbeiter): Auf der Wache sprang Domke auf mich zu und schrie: „Du fliegst nicht, du fliegst nicht, du Hund ..." Er schlug dabei unbarmherzig auf mich ein, bis ich vom Stuhle fiel. Nachher boxte er mich ins Gesicht und schrie: „Für den Toten von Halle sollt ihr schwer büßen!"

Domke: Ich weiß von nichts.

Zeuge Sch.: Ich lag mit dem Gesicht auf den Schuhen des hiesigen Beamten Schulz, der rief: „Schlagt mich nicht auch noch." Unter Schlägen wurde ich denn in die Zelle getrieben.

Zeuge Wassermann: Ich wollte mich bei einem Offizier beschweren, weil die Beamten mich nicht nach Hause gehen ließen, trotzdem ich in Fürstenwalde ansässig bin. Die Grünen schrien mich an: „Was, du willst dich beschweren, komm' mit. Das werden wir dir schon besorgen, von wegen dir beschweren." Auf der Wache mußte ich mich auf einen Tisch legen und wurde geschlagen. In der Wachstube bernahm ich Pogromstimmung. Von rechts und links bekam ich Prügel. In die Zelle lagen 40 Mann. Domke und Claus kamen und riefen: „Wo ist W.?", holten mich heraus und prügelten mich im Gang. Domke rief: „Du werden wir schon Halle anstreichen. Na, wirst du stramm stehen?" Domke hatte ein Instrument, das aus Eisen mit Leder bezogen. Bleikugel befand sich darin, schlug mir damit andauernd auf den Kopf. Immer wieder wurde ich aus der Zelle geholt und geschlagen von Claus und Domke, der dann rief: „Feiger Hund, willst du dich nicht wehren?" Dann wurden mir mit einer Papierschere die Haare abgeschnitten. Es war eine Hölle da drin. Ich mußte nachher fünf Wochen im Bett liegen.

Zeuge K. wurde auf dem Wege zur Wache geschlagen. In der Zelle waren 50 Personen. Verschiedene wurden ohnmächtig. Domke stand an der Tür und schlug auf ihn ein.

Als Sachverständiger wurde der praktische Arzt Dr. Aron aus Fürstenwalde vernommen, der über die Mißhandlungen des Arbeiters Wassermann aussagte, er habe Wunden infolge Schlägen mit Stöcken oder Gummiknüppeln, Spuren von Fußtritten und Verletzungen mit anderen harten Gegenständen festgestellt. Die Folgen dieser Mißhandlungen seien Nervenanfälle, die bis heute noch fortdauern. Wassermann sei mehrere Wochen arbeitsunfähig gewesen. Schädel sei ein Verstümmelung seines Haarwuchses, an dem mit einer stumpfen Schere herumgeschnitten worden sei.

Zeuge Hutmacher Baum (partellos): Ich war an dem betreffenden Sonntag mit einem Freund auf einer Fußwanderung. Nachmittags wollten wir von Fürstenwalde aus zurückfahren. Als der Zug kurze Zeit aus dem Bahnhof heraus war, wurde er von der Polizei angehalten. In unser Abteil kamen eine Anzahl Polizisten mit Maschinenpistolen und Revolvern. Dann kamen etwa 30—40 Schupo, Landjäger und die sogenannte Bahnpolizei und schlugen mit Gummiknüppeln, Gewehrkolben usw. auf uns ein, gaben uns Beleidigungen und mißhandelten uns derart, daß wir zu Boden stürzten. So wie wir uns erhoben, schlugen sie von neuem mit dem Gewehrkolben auf uns ein, so daß wir immer wieder zu Boden stürzten. Ich blutete aus Nase und Mund und verlor die Besinnung. Mir wurde ganz schwarz vor den Augen, so daß ich gar nicht wußte, was weiter mit mir vorging. Nach einiger Zeit fand ich mich auf der Polizeiwache wieder. Auf dem Bahnhof schrien die Polizisten immer: „Schlagt sie tot, die Kommunisten, laßt sie nicht lebendig vom Bahnhof herkommen!" Als wir in die Polizeiwache eingeliefert wurden, standen zu beiden Seiten Polizisten, die uns mit Füßen, Gummiknüppeln, Gewehrkolben, Totschlägern usw. bearbeiteten. Ich konnte mich nicht mehr aufrechthalten. Als ich in die Wache kam, stand vor mir ein Polizist an einem anderen, der in Hemdsärmeln stand und derjenige war, der alle Eingelieferten mit Gummiknüppel bearbeitete. Der sagte zu mir: „Kamst du Schwein nicht nicht stehen, dann setze dich hin." Der in Hemdsärmeln nahm sich jeden Eingelieferten einzeln vor und sagte: „Du bist ja ganz hin, du werdest zusammenbrach und es Boden stürzte. Nach einiger Zeit wurde ich in Nebenzimmer geführt. In diesem stand ein Beamter mit einer langen Schere und etwa acht andere um ihn herum mit Gummiknüppeln. Der Beamte schnitt mir das Haar büschelweise mit der Schere ab mit den Worten: „Ach, du hast ja so schönes Haar, da werden wir mal erst deine Tolle pflegen." In der Polizeiwache wurden wir noch aufgefordert, unsere Hosenträger abzulegen und unsere Taschen zu entleeren. Mein Bruder hatte versehentlich in seiner Tasche einen Hosenknopf und eine Sicherheitsnadel gelassen. Als der Beamte dies fand, schlug er mit einem Totschläger, der ungefähr die Form einer Eisenbahn hatte, auf meinen Bruder ein mit den Worten: „Werhalb hast du Schwein dies nicht herausgelegt?" Auch dieser Beamte war wieder derjenige, der in Hemdsärmeln umherlief. Auch meinem Bruder wurden die Haare vorn bald abgeschnitten, ungefähr der halbe Kopf, hinten ließen sie einen Büschel stehen.

Dann kamen wir in eine Zelle, wo bereits etwa 12 Mann drin waren. Es war dies eine Zelle, die für einen einzigen Mann berechnet war. In der Zelle war überhaupt kein Luftloch, denn die kleine Oeffnung in der Wand, die das Fenster darstellen sollte, ging nicht zu öffnen. Wir bekamen während der ganzen Zeit von nachmittags 3.30 Uhr bis nachts 11.30 Uhr zweimal Wasser. Wir waren vollkommen erschöpft. Nachts um 12 Uhr wurden wir auf den Hof gerufen und von dort nach dem Polizeigefängnis transportiert. Selbst auf der Straße wurden wir mit Gummiknüppeln mißhandelt. Die Beamten riefen immer: „Schneller, schneller gehen, so habt ihr es doch bei eurer militärischer Organisation gelernt." Im Polizeigefängnis standen vom Flur bis zur zweiten Etage Spalier, durch den Hof weg zur Zelle zu beiden Seiten Polizeibeamte, die uns auf dem ganzen Wege mit Fußtritten, Gummiknüppeln usw. bearbeiteten.

Am Montag früh um 5.30 Uhr wurden wir dann aus dem Polizeigefängnis entlassen, ohne daß ein Protokoll oder sonst was aufgenommen wurde, nur die Namen wurden festgestellt. Man ließ uns nicht einmal Zeit, unsere Hosenträger wieder festzumachen. Die Beamten sagten: „Macht euch die Hosenträger am Bahnhof an, macht daß ihr herauskommt, wagt euch aber nicht, auf der Straße stehen zu bleiben, wer in zehn Minuten noch in Fürstenwalde angetroffen wird, wird wieder verhaftet."

Ein Offizier, der auf dem Gefängnishof stand, sagte noch: „Hier müßte man eine Handgranate abziehen, damit die Bande in die Luft fliegt."

Das ist das wahre Gesicht der Demokratie und dieses wiederum ist das Paradies der sozialdemokratischen Glücksritter, die am 9. November durch das vertrauensselige Proletariat nach oben gekommen waren. Das Urteil kann sich jeder Proletarier denken, wenn er folgendes liest:

Vor dem Schöffengericht Lichterfelde standen vor über einer Woche zwei Polizeiassistenten. Ein Arbeiter war in Verdacht geraten, einen Diebstahl begangen zu haben. Die beiden Agenten nahmen den Arbeiter fest, fesselten und mißhandelten ihn mit einer Wichtigkeit, um ihn mit dieser im dreißigjährigen Krieg üblichen Methode ein Geständnis abzupressen. Der Fall war so schwer, daß der Anklagevertreter 17 bzw. 14 Monate Zuchthaus gegen die „Helden" zu beantragen gezwungen war. Das Gericht war den beiden wohlgesinnt und „verurteilte" sie zu 500 bzw. 250 Mark Geldstrafe.

Soeben erschienen:

„Rote Jugend"

Kampforgan der Kommunistischen Arbeiterjugend

Nr. 10 Preis 10 Pf.

Aus dem Inhalt:

Jugend und Revolution — 20 Jahre proletarische Jugendbewegung — Arbeiterjugend und Gewerkschaftsfrage — Die „Junge Garde" auf dem Lügenfeldzug — KJ. und SAJ. unter gleichen Parolen usw.

Arbeiter! Lest und verbreitet die „Rote Jugend". Zu beziehen durch die Ortsgruppen der KAJ. und durch die **Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49.**

Verantwortl. Red. u. Herausgeber: Curt Heilig, Düsseldorf.
Druck: Karl Bergmann, Berlin S 42, Oranienstraße 16.

5. Jahrg. Nr. 91 Preis 0,15 Mark

Kommunistische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

November 1924
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 430 20
(Stichwortangabe für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Wilde Tiere

Grüne Bestien aus der Hundertschaft z. b. V.

Der „Sozialist" Wolfgang Heine ihr Verteidiger

Am Mittwoch, den 12. November begann vor dem Fürstenwalder Schöffengericht ein Prozeß gegen zwei Polizeiobermeistermeister aus Berlin, aus der Hundertschaft z. B. V.

Wie noch in Erinnerung sei gedürfte, veranstalteten am 13. Mai die monarchistischen Verbände einen Ulanenritt in Fürstenwalde. Die Sozialdemokraten Severing als preußischer Innenminister und Richter als Berliner Polizeipräsident hatten zum Schutz der Monarchisten Sipo hinbeordert. Die Arbeiterschaft war zur Gegendemonstration da. Die Sipo hat dort wahllos und planlos verhaftet und schlimmer gewütet gegen die Gefangenen, wie die wilden Tiere in der Arena gegen die ihnen vorgeworfenen Sklaven. Wir geben etliche Zeugenaussagen wieder, die für sich sprechen.

Zeuge Kriminal-Sekretär Höpfner-Fürstenwalde: Es sind drei Hundertschaften Polizei aus Frankfurt a. O., aus Cottbus, aus Potsdam und Berlin nach Fürstenwalde gekommen, sowie die Landjäger des Landkreises Lebus. Diese Zusammensetzung der Polizeitruppen geschah mit Anweisung des preußischen Innenministeriums. Domke ist zweifellos eingesetzt worden. Er beteiligte sich an der Festnahme von Personen der Eingelieferten. Auf dem Hofe und vor der Wache waren Blutlacken.

Zum besseren Verständnis sei noch mitgeteilt, daß die verletzten Gründinger Claus und Domke vom Sozialdemokraten Rechtsanwalt Wolfgang Heine verteidigt werden.

Kriminalsekretär Prüfrock: Auf den verhafteten Mittelschulrektor Juschka ist Domke mit den Worten zugesprungen: „Du verdammtes Kommunistenschwein, dir werden wir die Schnauze einschlagen." Juschka gehört den Mehrheitssozialisten an. (Der Sozialdemokrat Heine als Verteidiger des Domke schweigt.)

Zeuge Arbeiter Wassermann: Unter fortwährenden schweren Mißhandlungen wurde ich zur Wache gebracht. Domke schlug auf einen anderen Eingelieferten los mit den Worten: „Du Hund, ich werde dir den gefallenen Kameraden in Hälse streichen." W. wurden auf der Wache die Haare abgeschnitten. Wenn man seine Unschuld beteuerte, bekam man fürchterliche Hiebe.

Zeuge H. (Arbeiter)): Domke hat mich unter Schlägen mit meinem Spazierstock zur Wache geschleift. Ich wurde dort wieder geschlagen und Domke rief: „Peste, ihr det janz det! Wie ein Stück Vieh bin ich zur Wache geschleift worden bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen worden. Nachher schleppten mich die Beamten auf den Hof, wo ich in einer Blutlache liegen blieb.

Zeuge Sch. (Arbeiter): Auf der Wache sprang Domke auf mich zu und schrie: „Du fliegst nicht, du fliegst nicht, du Hund ..." Er schlug dabei unbarmherzig auf mich ein, bis ich vom Stuhle fiel. Nachher boxte er mich ins Gesicht und schrie: „Für den Toten von Halle sollt ihr schwer büßen!"

Domke: Ich weiß von nichts.

Zeuge Sch.: Ich lag mit dem Gesicht auf den Schuhen des hiesigen Beamten Schulz, der rief: „Schlagt mich nicht auch noch." Unter Schlägen wurde ich denn in die Zelle getrieben.

Zeuge Wassermann: Ich wollte mich bei einem Offizier beschweren, weil die Beamten mich nicht nach Hause gehen ließen, trotzdem ich in Fürstenwalde ansässig bin. Die Grünen schrien mich an: „Was, du willst dich beschweren, komm' mit. Das werden wir dir schon besorgen, von wegen dir beschweren." Auf der Wache mußte ich mich auf einen Tisch legen und wurde geschlagen. In der Wachstube bernahm ich Pogromstimmung. Von rechts und links bekam ich Prügel. In die Zelle lagen 40 Mann. Domke und Claus kamen und riefen: „Wo ist W.?", holten mich heraus und prügelten mich im Gang. Domke rief: „Du werden wir schon Halle anstreichen. Na, wirst du stramm stehen?" Domke hatte ein Instrument, das aus Eisen mit Leder bezogen. Bleikugel befand sich darin, schlug mir damit andauernd auf den Kopf. Immer wieder wurde ich aus der Zelle geholt und geschlagen von Claus und Domke, der dann rief: „Feiger Hund, willst du dich nicht wehren?" Dann wurden mir mit einer Papierschere die Haare abgeschnitten. Es war eine Hölle da drin. Ich mußte nachher fünf Wochen im Bett liegen.

Zeuge K. wurde auf dem Wege zur Wache geschlagen. In der Zelle waren 50 Personen. Verschiedene wurden ohnmächtig. Domke stand an der Tür und schlug auf ihn ein.

Als Sachverständiger wurde der praktische Arzt Dr. Aron aus Fürstenwalde vernommen, der über die Mißhandlungen des Arbeiters Wassermann aussagte, er habe Wunden infolge Schlägen mit Stöcken oder Gummiknüppeln, Spuren von Fußtritten und Verletzungen mit anderen harten Gegenständen festgestellt. Die Folgen dieser Mißhandlungen seien Nervenanfälle, die bis heute noch fortdauern. Wassermann sei mehrere Wochen arbeitsunfähig gewesen. Schädel sei ein Verstümmelung seines Haarwuchses, an dem mit einer stumpfen Schere herumgeschnitten worden sei.

Zeuge Hutmacher Baum (partellos): Ich war an dem betreffenden Sonntag mit einem Freund auf einer Fußwanderung. Nachmittags wollten wir von Fürstenwalde aus zurückfahren. Als der Zug kurze Zeit aus dem Bahnhof heraus war, wurde er von der Polizei angehalten. In unser Abteil kamen eine Anzahl Polizisten mit Maschinenpistolen und Revolvern. Dann kamen etwa 30—40 Schupo, Landjäger und die sogenannte Bahnpolizei und schlugen mit Gummiknüppeln, Gewehrkolben usw. auf uns ein, gaben uns Beleidigungen und mißhandelten uns derart, daß wir zu Boden stürzten. So wie wir uns erhoben, schlugen sie von neuem mit dem Gewehrkolben auf uns ein, so daß wir immer wieder zu Boden stürzten. Ich blutete aus Nase und Mund und verlor die Besinnung. Mir wurde ganz schwarz vor den Augen, so daß ich gar nicht wußte, was weiter mit mir vorging. Nach einiger Zeit fand ich mich auf der Polizeiwache wieder. Auf dem Bahnhof schrien die Polizisten immer: „Schlagt sie tot, die Kommunisten, laßt sie nicht lebendig vom Bahnhof herkommen!" Als wir in die Polizeiwache eingeliefert wurden, standen zu beiden Seiten Polizisten, die uns mit Füßen, Gummiknüppeln, Gewehrkolben, Totschlägern usw. bearbeiteten. Ich konnte mich nicht mehr aufrechthalten. Als ich in die Wache kam, stand vor mir ein Polizist an einem anderen, der in Hemdsärmeln stand und derjenige war, der alle Eingelieferten mit Gummiknüppel bearbeitete. Der sagte zu mir: „Kamst du Schwein nicht nicht stehen, dann setze dich hin." Der in Hemdsärmeln nahm sich jeden Eingelieferten einzeln vor und sagte: „Du bist ja ganz hin, du werdest zusammenbrach und es Boden stürzte." Nach einiger Zeit wurde ich in Nebenzimmer geführt. In diesem stand ein Beamter mit einer langen Schere und etwa acht andere um ihn herum mit Gummiknüppeln. Der Beamte schnitt mir das Haar büschelweise mit der Schere ab mit den Worten: „Ach, du hast ja so schönes Haar, da werden wir mal erst deine Tolle pflegen." In der Polizeiwache wurden wir noch aufgefordert, unsere Hosenträger abzulegen und unsere Taschen zu entleeren. Mein Bruder hatte versehentlich in seiner Tasche einen Hosenknopf und eine Sicherheitsnadel gelassen. Als der Beamte dies fand, schlug er mit einem Totschläger, der ungefähr die Form einer Eisenbahn hatte, auf meinen Bruder ein mit den Worten: „Werhalb hast du Schwein dies nicht herausgelegt?" Auch dieser Beamte war wieder derjenige, der in Hemdsärmeln umherlief. Auch meinem Bruder wurden die Haare vorn bald abgeschnitten, ungefähr der halbe Kopf, hinten ließen sie einen Büschel stehen.

Dann kamen wir in eine Zelle, wo bereits etwa 12 Mann drin waren. Es war dies eine Zelle, die für einen einzigen Mann berechnet war. In der Zelle war überhaupt kein Luftloch, denn die kleine Oeffnung in der Wand, die das Fenster darstellen sollte, ging nicht zu öffnen. Wir bekamen während der ganzen Zeit von nachmittags 3.30 Uhr bis nachts 11.30 Uhr zweimal Wasser. Wir waren vollkommen erschöpft. Nachts um 12 Uhr wurden wir auf den Hof gerufen und von dort nach dem Polizeigefängnis transportiert. Selbst auf der Straße wurden wir mit Gummiknüppeln mißhandelt. Die Beamten riefen immer: „Schneller, schneller gehen, so habt ihr es doch bei eurer militärischer Organisation gelernt." Im Polizeigefängnis standen vom Flur bis zur zweiten Etage Spalier, durch den Hof weg zur Zelle zu beiden Seiten Polizeibeamte, die uns auf dem ganzen Wege mit Fußtritten, Gummiknüppeln usw. bearbeiteten.

Am Montag früh um 5.30 Uhr wurden wir dann aus dem Polizeigefängnis entlassen, ohne daß ein Protokoll oder sonst was aufgenommen wurde, nur die Namen wurden festgestellt. Man ließ uns nicht einmal Zeit, unsere Hosenträger wieder festzumachen. Die Beamten sagten: „Macht euch die Hosenträger am Bahnhof an, macht daß ihr herauskommt, wagt euch aber nicht, auf der Straße stehen zu bleiben, wer in zehn Minuten noch in Fürstenwalde angetroffen wird, wird wieder verhaftet."

Ein Offizier, der auf dem Gefängnishof stand, sagte noch: „Hier müßte man eine Handgranate abziehen, damit die Bande in die Luft fliegt."

Das ist das wahre Gesicht der Demokratie und dieses wiederum ist das Paradies der sozialdemokratischen Glücksritter, die am 9. November durch das vertrauensselige Proletariat nach oben gekommen waren. Das Urteil kann sich jeder Proletarier denken, wenn er folgendes liest:

Vor dem Schöffengericht Lichterfelde standen vor über einer Woche zwei Polizeiassistenten. Ein Arbeiter

Markt; beruht die mandschurische Wirtschaft auf der Agrarproduktion. Mit der Landwirtschaft steht und fällt die Wirtschaft der Mandschurei. Die Hauptprodukte des Landes sind Sojabohnen und Weizen. Die Sojabohne, als Oelfrucht, wie für menschliche und tierische Nahrung von sehr hohem Wert, hat den beispiellosesten Erfolg der Agrargeschichte aufzuweisen. Sie macht den Oelprodukten und dem Weizen Amerikas eine sehr scharfe, wahrnehmbare Konkurrenz. Noch mehr Aufsehen rief das Weizen der Mandschurei zu. Der Sturz der amerikanischen Weizenpreise, der nur zu einem Teil durch die Mißernte in Europa wettgemacht wurde, ist viel mehr auf die Landesprodukte der Mandschurei zurückzuführen, als auf die Konkurrenz der amerikanischen Südstaaten und Kanadas. Die Gesamterzeugnisse der Mandschurei vermehrten sich von 450 Millionen Pud (je 16,38 Kilogramm) im Jahre 1913 auf 769 Mill. Pud im Jahre 1922. Die Warenumsätze des Landes stiegen in demselben Zeitraum von 100 auf 300 Millionen Goldrubel. Die Industrie, die im Jahre 1920 Produkte im Werte von 45 Millionen Goldrubel herstellte, erhöhte ihre Produktion schon im Jahre 1922 auf 75 Millionen Goldrubel. Die Fruchtbarkeit des Ackers, kontinentales Klima, der Fleiß und die Anspruchslosigkeit der Landbevölkerung und der gute Verkehrsapparat sind in der Tat eine starke Bedrohung amerikanischer Zukunftinteressen. Die Agrarkrise, die dem europäischen, noch mehr dem amerikanischen Agrarkapital tiefe Wunden in den Geldbeutel schlug und Millionen Farmer proletarisierte, war für den nach Modernisierung strebenden mandschurischen Agrarkapitalismus noch eine starke Antriebskraft. Die Welt wurde auf die billigen, aber entzugreichen Sojabohne aufmerksam.

Das amerikanische Agrarkapital hat seit Jahren die mandschurische Konkurrenz nicht nur rechtzeitig erkannt, sondern auch seine Maßnahmen dagegen getroffen. Es wendet sich seit Jahren in immer stärkerem Maße dem Anbau der Sojabohne zu. Der Staat unterstützt auf Kosten der Industrie (soll heißen auf Kosten des Proletariats) großzügige Versuchs- und Lehrkulturen für Sojabohnen und deren private Züchter. Die Industrie Amerikas hat an dem Anbau der Sojabohne gleich große Interessen. Sie ist ein billiges und leinhaltiges Nahrungsmittel für Proletarier und nur durch die Unterdrückung der Agrarwirtschaft der Mandschurei läßt sich das Wachsen der Industriekapitalismen als Konkurrenten unterbinden. In einigen Jahren hofft Amerika solche Fortschritte in der Kultur der Sojabohne gemacht zu haben, daß es das Monopol der Mandschurei auf dem Weltmarkt ernstlich bekämpfen kann.

In der Mandschurei aber man, daß amerikanischen Riesenkapital in Verbindung mit hoher Technik und moderner Wissenschaft ihr lebensgefährlich werden können. Die primitive Agrartechnik und -chemie wird, wenn auch nur durch privatkapitalistische Initiative, zu steigern, und die Bodenkultur rationeller zu gestalten versucht. Außer der amerikanischen Konkurrenz gibt es dafür noch andere Antriebskräfte. Rußland nimmt seit Jahren stärkeren Anteil an der Mandschurei, wo es durch den jetzt zum Stillstand gekommenen Bürgerkrieg entscheidenden Einfluß zu gewinnen scheint. Auch Triebkräfte, die aus den eigenen Bedürfnissen der mandschurischen Landbevölkerung sprießen, drängen zur Modernisierung und Steigerung der Produktion. Die Steuerlast wird immer größer und Räuberbanden ernten oft schrecklich aus den Taschen der Landbewohner. Europäischer, russischer japanischer und amerikanischer Einfluß drängen Zivilisation und Kultur und damit die Bedürfnisse zu höheren Formen. In diesem Werden hatte das Land verschiedene Mißernten. Dies alles sind Triebkräfte und Faktoren, die die Agrarkultur des Landes vorwärts drängen und das Auge des amerikanischen Kapitalismus schärfen. Der „Bürgerkrieg" in China ist als eine Fortsetzung des Weltkrieges mit andern Mitteln und in andern Formen um die Absatzmärkte und um die Vormachtstellung. Wenn die Kosten auch zu einem großen Teile von europäischen Kapitalismen getragen werden, so ist es doch der Beginn einer Aera neuer imperialistischer Kriege: des amerikanischen Kapitalismus gegen die emporstrebenden jungen Kolonialkapitalismen.

Politische Rundschau

„Deutsches Rechtsempfinden"

Wir teilen kürzlich das „Urteil" des Leipziger O.-C.-Prozesses mit, nach dem eine Horde berufsmäßiger Mörder bezw. Mordanstifter zu einigen Rentenmark und — zusammen — zu einigen Monaten Gefängnis „verurteilt" wurden. In der Nähe von Leipzig, in Plauen, standen dieser Tage acht Proletarier (Mitglieder der KPD.) vor dem bürgerlichen Klassengericht, die beschuldigt waren, eine Wahlversammlung des völkischen Blocks, d. h. jener Banditen, die in Leipzig „verurteilt" wurden, durch „Gewalttätigkeiten" gestört zu haben. Wie WTB. mitteilt, wurden diese „Ruhestörer" zu je fünf Monaten bis ein Jahr Gefängnis verknurrt. Einen Kommentar hierzu brauchen wir nicht zu geben, das ist bürgerliches „deutsches Rechtsempfinden". Auch die Wahlsieger der „Kommunisten".

Wir wollen heute nur mit einigen Strichen das „deutsche Rechtsempfinden" illustrieren. Der werdende chinesische Kapitalismus importiert deutsche Ingenieure zur Errichtung seiner Industrie und als Sklaventreiber. In diesem Bewußtsein hat einer dieser Bowdies ein chinesisches Kind, einen Knaben, mit einem Hieb totgeschlagen. Wie das chinesische Gericht feststellt, wurde der Schädel durch und durch gespalten. Für diesen Mord wurde dieser „Deutsche" von einem chinesischen Gericht zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt. Die deutsche Presse, u. a. die „DAZ.", vom 7. September erging sich deshalb gegen die chinesische Justiz in maßlosen Angriffen. Die Berliner chinesische Gesandschaft ließ sich Information über diesen Fall aus China senden und die Gerichtsakten. „Auf Grund derselben bringt sie in der „DAZ." vom 9. Oktober eine ausführliche Darstellung, wo nach das chinesische Gericht sich von den Aussagen des Mörders selbst leiten ließ. In ihrem Kommentar dazu meint die „DAZ.", daß trotzdem das Urteil „deutschen Rechtsempfinden" widerspricht!

Die „DAZ.", die jeden völkischen Mord entschuldigt und glorifiziert, verleumdet das chinesische Gericht. Die Kommunisten des Plauener Gerichts gegen Proletarier mit der Ueberschrift: „Eine Lehre für Wahlterroristen". Das „deutsche Rechtsempfinden", das die SPD. durch ihre Beteiligung am Parlament in den Proletariermassen stärkt, heißt demnach jeden Mord gut, sofern er von Angehörigen der Bourgeoisie oder ihren Büttels an Proletariern begangen wurde. Es bäumt sich aber sofort auf, wenn einer der dringen etwas unsanft angefaßt wurde, sei es auch nur, wenn Proletarier in ihrer grenzenlosen Dummheit den Wahlkumbug stören.

GROSS-BERLIN

Außerordentliche Mitgliederversammlung der S. A. P.

Freitag, den 21. November 1924, abends 7 Uhr
Andreas-Festsäle, Andreasstraße

Tagesordnung:

1. Antiparlamentarischer Block und unsere Aufgaben
2. Tätigkeitsbericht des Arbeitsausschusses

Vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht!

Die freien Gewerkschaften in der Nachkriegszeit

VI.

Die Gewerkschaften und das Sachverständigengutachten

„Wir sind unserem Ziel der praktischen Verwirklichung des Sozialismus ein großes Stück näher gerückt, daß wir uns nicht mehr über den Weg, den wir auf der letzten Strecke einzuschlagen haben, zu streiten brauchen." („Hamburger Echo", 20. Nov. 1920.)

Der Plan, der im Sachverständigengutachten zugrunde gelegt worden ist, ist der Versuch, die deutsche Beute auf eine gerechte Weise unter allen interessierten imperialistischen Mächten zu teilen. Das deutsche Kapital ohne Unterschied jeder Parteirichtung ist sich darin einig, daß dieses Sachverständigen- oder Dawes-Gutachten auf die Arbeitsmassen abgewälzt werden muß. Die zu tragenden Lasten des Gutachtens erfordern: Verlängerung der Arbeitszeit, Abbau der Löhne, kurz, die Versklavung der deutschen Arbeiterschaft. Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie setzten sich mit Begeisterung für das Sachverständigen-Gutachten ein. Der „Vorwärts" vom 13. April 1924 stellte mit Befriedigung fest, daß „namhafte Industrieführer" sich für dies Gutachten ausgesprochen hätten, und jubelte bei den Gedanken, daß die Kapitalistenklasse endlich begriffen habe, „daß die Sozialdemokratie recht hatte, wenn sie von Anfang an dafür eintrat, daß Deutschland durch Erfüllung den Weg zur Freiheit finden muß". Der „Vorwärts" erklärte weiter, daß durch das Gutachten „die hohen Grundsätze erzwirklicht werden, für welche Sozialdemokraten und Gewerkschaften unablässig kämpfen", mit dem Gutachten sei „ein neues Zeitalter des Dauerfriedens und des allgemeinen wirtschaftlichen Gedeihens" angebrochen. Bei einem Verbot durch die Daweskommission bekannte sich der zweite Vorsitzende des ADGB., Graßmann, mit „Freimut und Kühnheit", für die ihm der Vertreter des amerikanischen Kapitals bereits „Worten dankte", zu dieser neuen Reparationspolitik. „Die Arbeiter lieben das Kapital nicht", erklärte dieser ADGB.-Stratege mit der ernsten Miene eines „Vertreters der deutschen Arbeiterschaft". Darum ergebe sich auch ihre Stellung zum Friedensvertrag von Versailles und zur Politik der Sanktionen, die zur Ruhrbesetzung geführt habe. In diesen Dingen gebe es keine Trennungslinie im Volk den Ausland gegenüber. Nachdem er auf diese Weise den „vaterländischen Standpunkt" vertreten hatte, schlüsselte er auch die Not der arbeitenden Massen Deutschlands und appellierte dann an die Vertreter des internationalen Kapitals, sie mögen alles tun, um in den wirklichen Massen des deutschen Volkes den Glauben an eine bessere Zukunft zu festigen, „die Arbeiter seien durchaus bereit, im Rahmen der Leistungsfähigkeit Steuern zu zahlen."

Wenn diese „freimütige und kühne" Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse vor der Sachverständigen-Kommission Herrn Graßmann einen herzlichen Dank des Vertreters des amerikanischen Kapitals zugezogen hat, so hat natürlich Graßmann dies getan im Auftrage des ADGB. In einem Aufruf der Gewerkschaften zu der Reichstagswahl vom 4. Mai 1924 bekannten sie sich zu einer „festen, ehrlichen Reparationspolitik". Sie versprachen in dem Aufruf weiter eine baldige Befreiung der besetzten Gebiete durch Vertrag auf dem Boden ihrer „ehrlichen Reparationspolitik" und, als die Sachverständigen-Vorschläge bekannt geworden waren, erkannten sie sofort an, daß in diesen Vorschlägen ein Ausdruck einer solchen „ehrlichen Reparationspolitik" seien.

Die erste Stellungnahme der Gewerkschaften zu dem Sachverständigen-Gutachten ist noch durch eine gewisse Vorsicht gekennzeichnet, allem Anschein nach, weil sie von den Bergarbeiterführern herrührte, und es wäre unmöglich, den Bergarbeitermassen vorzugaukeln, daß diese Verständigung der imperialistischen Mächte unterzeichner ihnen die Befreiung von ihrem Sklavenjoch bringen könnte; dann haben die Bergarbeiter während der 15 Monate der Ruhrbesetzung den Imperialismus viel zu gut kennengelernt. Die am 14. bis 16. April 1924 in Berlin tagende Reichskonferenz des Bergarbeiterverbandes hat dennoch ihre „Anerkennung" zu der Einstellung der Reichsregierung zu dem Sachverständigen-Gutachten ausgesprochen. Sie hat weiter die Erwartung geäußert, daß auf Grundlage des Gutachtens „endlich ein wirklicher Friede herbeigeführt, die unrechtmäßige Besetzung des Ruhrgebiets aufgehoben und auch die wirtschaftliche und politische Oberhoheit Deutschlands in den auf Grund des Versailler Vertrages besetzt gehaltenen Gebieten Deutschland zurückgegeben wird." Zu der Verschacherung der deutschen Reichseisenbahnen nahm am 28. April eine vom freigewerkschaftlichen Eisenbahnerverband einberufene Sitzung des Organisationsausschusses Stellung. Man stellte dort nur fest, daß mit dem Vorschlag von Dawes und seiner Kollegen das erreicht worden ist, was Stinnes und die gesamte Schwerindustrie seit Jahren verfolgt habe. Sie bescheinigten sich auf diese „philosophische" Feststellung und äußerten nur den Wunsch, man möge gemäß den Grundsätzen der Arbeitgemeinschaft auch den Eisenbahnervertretern einen Platz in Verwaltungsrat der Eisenbahn einräumen, damit auch dieser sein Sprüchlein hersagen kann. Es muß hier festgestellt werden, daß die „bürgerliche" Gewerkschaft deutsche Eisenbahner immerhin „radikaler" war als der sozialdemokratische deutsche Eisenbahnerverband. Sie stellte sich zwar auf den Boden der Tatsachen, verlangten aber gleichzeitig eine Reihe Aenderungen allgemein politischer und wirtschaftlicher Art. Der freigewerkschaftliche Eisenbahnerverband sagte aber zu allem: Ja und Amen!

Man kann ähnliches sagen, wenn man die Stellungnahme des christlichen deutschen Gewerkschaftsbundes mit der Stellungnahme des „sozialistischen" ADGB. vergleicht. Während Herr Graßmann vom ADGB. in einer Wählerversammlung in Hamburg am 24. April die Annahme des Sachverständigen-Gutachtens befürwortete, weil diese Annahme nun von den militärischen Truppen befreien werde und das „es ein bedeutender Vorteil sei, der eingefleischte Wirtschaftler und Kapitalist sei immer noch besser als der beste Soldat oder Politiker", erklärte der 2. Vorsitzend des christlichen Gewerkbundes in der christlich-nationalen Zeitung „Der Deutsche": „Es wäre naturgemäß falsch, in der Annahme eines Reparationsplanes im Sinne der Sachverständigen ein schnell wirkendes Mittel für die Erlangung der deutschen Freiheit zu sehen." Während die freien Gewerkschaften und Sozialdemokratie in Uebereinstimmung mit den Beauftragten des internationalen Kapitals der Arbeiterschaft versuchert, daß durch die Annahme des Dawesplanes ihre Lage auf „neuem Niveau wie anderer kulturellen Länder wieder hergestellt werde", schreibt der christliche Gewerkschaftsbund über den Zweck des Reparationsplanes der Sachverständigen folgendes: „Dieser Zweck besteht in der Ankurbelung der deutschen Wirtschaft bis an die Grenzen des Möglichen, wobei gegenüber früheren Diktaten nur der Unterschied besteht, daß man Deutschland die unerläßlichsten Mittel für die Erzeugung von Reparationsreichtümern belassen und die Uebertragung der Leistungen in Formen durchführen will, die den Reparationsgläubigern nicht zum eigenen Unheil gereichen."

Durch den Vergleich der Einschätzung des Sachverständigen-Gutachtens durch die christlichen Gewerkschaften und die sozialdemokratischen Gewerkschaften ist schon die Rolle der Zutreiber der Versklavung, die die freien Gewerkschaften in erster Linie übernommen hatten, genügend gekennzeichnet. Das übrigens auch die christlichen Gewerkschaften schließlich alle „Bedenken" gegen das Sachverständigen-Gutachten aufgeben und sich zu Zutreibern der Versklavung werden darüber können bei einem klassenbewußten Arbeiter keine Zweifel aufkommen. Den Höhepunkt aller politischen Niederträchtigkeit erklommen die freien Gewerkschaften, als ihr offizielles Organ „Die Gewerkschaft" am 26. April schrieb: „Nur eine von erster Verantwortung getragene Regierung unserer Reparationspolitik bringt uns aus dieser Sackgasse heraus, in die wir wir während des Ruhrkampfes, und nach demselben geraten sind. Das Gutachten der Internationalen Sachverständigen hat uns einen Weg ins Freie gewiesen. Ehrliche Reparationserfüllung allein bringt uns internationale Anleihen, um unsere Währung dauernd zu befestigen, und führt uns zum Völkerbund."

Als „Weg ins Freie", — der einzige Weg, der noch möglich sei, der uns „internationale Anleihen" bringen wird — gilt den Gewerkschaften der Weg, der nach der einfachsten Schicht des Völkermassen ungeheure Lasten bringen muß. Das wird den Arbeitern vorgeleert werden, in der Arbeitslosigkeit steigt, Krankheit, Hunger und Elend und als ihre Begleiterscheinung das Verbrechen zunimmt, die Kriminalität nicht öffentlich auftreten könnte. Seitdem stehen die meisten Mitglieder der Gewerkschaften unter kommunistischem Einfluß. Ende 1919 installierte die Regierung gegen die führenden Köpfe einen anerbärten Gewaltakt. 26 wurden ermordet und 76 nach Rußland abgeschoben. Erst im Sommer 1922 gelang es nach eifrigem Bemühen der Revaler Arbeiter wieder, eine Zusammenfassung der revolutionären Kräfte zu erzielen.

1923 entwickelte sich die Arbeiterbewegung im allgemeinen auf der Linie der revolutionären Klassenkampfes. Dergleichen setzte auch in diesem Jahre eine große Arbeitslosigkeit ein. Wie ist nun die Lage der Arbeiter in der Industrie? Ende 1923 gab es in Estland 1656 Betriebe mit insgesamt 45 855 Arbeitern. Im Verhältnis zu 1922 war die Zahl der Unternehmungen um 74 v. H. gestiegen. Mehr als ein Viertel entfällt auf die Nahrungsmittelindustrie. Nach der Zahl der beschäftigten Arbeiter steht die Textil- und Bekleidungsindustrie an der Spitze. Die wenigsten Betriebe weisen Holz- und Papierindustrie auf, die eine geringe Zahl Arbeiter beschäftigen.

Das Jahr 1924 brachte der estnischen Arbeiterbewegung schwere Schläge. Es fanden Massenverhaftungen von Kommunisten statt. Revolutionäre Organisationen wurden unterdrückt, 124 mußten ihre Tätigkeit einstellen, was in einem so kleinen Lande wie Estland eine vollständige Zerstörung der Arbeiterbewegung überhaupt bedeutet. Zurzeit erscheint dreimal wöchentlich nur noch die „Arbeiter-Zeitung", die jedoch mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, da die meisten Druckereien die Herstellung ablehnen. Inswischen steigt die Arbeitslosigkeit mit jedem Tage. Die wirtschaftliche Lage des Landes verschlechtert sich zusehends. Immer mehr Betriebe müssen stillgelegt werden, so in letzter Zeit in Reval einige Textil- und Metallfabriken mit zusammen 2000 Arbeitern. In Narva, dem Zentrum der Textilindustrie ist ebenfalls 2000 Arbeiter auf die Straße geworfen. Stillgelegt sind Textil- und Metallunternehmungen in der Umgebung von Hapsal mit 3000 Arbeitern und die Fabrik Zintenhof bei Pernau mit 800 Arbeitern. Die Zahl der Arbeitslosen beträgt gegenwärtig 20 000 und steigt fortgesetzt. Diese Zahl ist im Hinblick auf die insgesamt beschäftigten 45 000 Arbeiter in der Industrie geradezu katastrophal. Da gleichzeitig eine Senkung des Reallohnes erfolgt, ist die Lage der estnischen Arbeiterklasse eine äußerst schwierige. Der weiße Terror wütet im Lande. Die Sozialdemokraten immer als Helfer der weißen Bande. Die Gefängnisse sitzen voll von revolutionären Proletariern. Das auf „der Flucht erschossen" ist an der Tagesordnung. Ein Prozeß gegen revolutionäre Proletarier löst den anderen ab. Die Zuchthaus- und Todesurteile hageln nun so, wer zur eine Sympathie für den Kommunismus äußert wandert ins Gefängnis. — Wie surrealistisch die gesamte revolutionäre Presse berichtet, finden seit einigen Tagen vor dem Revaler Militärgerichtshof ein Riesenprozeß statt, gegen 149 Revaler revolutionäre Arbeiter. Das Gerichtsgebäude ist wie „Sicherheitsgebiet" von Militär, Gendarmerie und Polizei umstellt. In ganz Estland finden Massenverhaftungen statt. Der Belagerungszustand ist verhängt, um eventuelle Protestaktionen zu verhindern. Zwei Arbeiter, die versuchten von außen die Gefängnismauern zu durchbohren, um die Gefangenen zu befreien, wurden zum Tode verurteilt und sind bereits hingerichtet. Die Sozialdemokraten decken alle Maßnahmen der Regierung.

Als die Richter im Verhandlungssaale erschienen, standen alle Angeklagten auf und sangen die „Internationale". Da viele Zuhörer mitsangen, wurden sie sofort in Gerichtsarrest verhaftet und ins Gefängnis transportiert. Die Angeklagten setzen sich den Richtern gegenüber als Tapfere Proletarier. Auf die Fragestellungen der Richter nach ihren Personalien antworteten sie fast durchweg: „Es ist nicht wichtig wie ich heiße. Ich bin ein Kämpfer!" Andere sagen: „Wir erkennen das Bourgeoisgericht nicht an. Wir stehen vor einem proletarischen Gericht gegenüber verantwortlich!"

Der Angeklagte Kangru, ehemaliges Mitglied der Nationalversammlung, wurde wegen Beleidigung des Gerichtshofes dem Feldgericht überwiesen, da er erklärte, der Gerichtshof werde bald selbst im Gefängnis sitzen. Die Feldgerichte sind die noch brutalere Form der Klassenjustiz in Estland, ihre Urteile sind meist Todesurteile. Die Verlesung der Anklageschrift dauerte drei Tage. Allen Angeklagten wird zur Last gelegt: sie haben den Versuch gemacht, die bestehende Gesellschaft zu stürzen und die Rätemacht zu errichten. Der Prozeß wird voraussichtlich drei Wochen dauern. Ueber 90 Zeugen sind geladen. Das Aktenmaterial besteht aus 14 Aktenbänden, die zum Teil geöffnet sind. Unter den Angeklagten befinden sich Frauen, Greise und Jugendliche, die besten proletarischen Klassenkämpfer Estlands. Es stehen eine Reihe von Todesurteilen bevor. Die Befreiung der revolutionären Kämpfer, ist zurzeit eine internationale Angelegenheit. Der weiße Terror wütet überall: in Polen, Rumänien, Bulgarien usw. In Deutschland wurden allein vom 1. Juli 1924 bis zum 14. November 1924: 400 Jahre 8 Monate Zuchthaus, 1074 Jahre 11 Monate Gefängnis und 565 Jahre 1 Monat Festung verhängt. Ueberall das Gleiche, am schlimmsten ist allerdings der weiße Terror dort, wo noch ebenbreis Sozialdemokraten an der Regierung beteiligt sind. Die Befreiung aller politischen Gefangenen ist deshalb eine Hochfrage und kann nur vom Proletariat selbst in allen Ländern gelöst werden. Und diese Lösung kann nicht geschehen in Bettelreien bei der Regierung, sondern nur indem das Proletariat sich zum Kampfe erhebt, international, zum Sturze der bestehenden Gesellschaft, zur Errichtung der proletarischen Diktatur.

Wirtschaft

Polens Wirtschaftslage

Die Wirtschaftslage Polens wird gekennzeichnet durch die sich ausweitende Krise der Textilindustrie, der führenden Industrie des Landes. Der Auslandsabsatz dieser Industrie ist vollständig im Stocken geraten. Auch der Inlandsabsatz nimmt infend ab. Es werden vom heimischen Markt nur ganz billige und ganz teure Waren verkauft. Dies rührt von der Verelendung des Proletariats und des Mittelstandes und der Bereicherung der Bourgeoisie, den typischen Merkmalen einer zurückgehenden Wirtschaft. Die Folge ist, daß die Fabriken, die Waren in mittlerer Preislage herstellen, in nie dagewesener Weise über den Kopf gehen. Die Kaliesche Stickereiindustrie ist die bestbeschäftigte, trotzdem sie nur zu 40 v. H. der Vorkriegszeit beschäftigt ist. Aus der Lodzer Baumwollverarbeitendustrie wird im Oktober etwas eine kleine Besserung gemeldet, aber auch gleichzeitig, daß die große Posten Waren unter Herstellungspreis ins Ausland verkauft hat, um Betriebskapital bereitzustellen.

Entsprechend der geringen Umsätze sind die gerichtlichen Proteste um nicht eingelöste Wechsel enorm. Die Beträgen im Juli 23 064, im August 10 777, im September 5537 Mark. Der Rückgang der Wechselproteste trotz sich entspitzender Krise ist eine Folge des geringen Wechselverkehrs, infolge des sich vermindernden Umsatzes. Der Monatsdurchschnitt der Wechselproteste betrug im laufenden

in Handel und Industrie, bei den Behörden etc.
sowie
der im Verhältnis zu den übrigen großen Berliner Tageszeitungen billige Anzeigenpreis haben dem „Vorwärts" den Ruf als wertvolles Insertionsorgan verschafft und ihm eine große Zahl angesehener Firmen als Groß-Inserenten angeführt.

Es dürfte daher auch für Ihre geschätzte Firma ein Insertionsversuch sich empfehlen.

Preis der 12gespaltenen Nonpareille-Zeile G.-M. 0,70.

Preis einer ganzen Seite G.-M. 12,50 — netto.

Bei größeren Aufträgen nach Vereinbarung. Fordern sie Spezialofferte von uns ein. Probe-Nummer folgt mit gleicher Post. Auf Wunsch unverbindlicher Vertreter-Besuch innerhalb Groß-Berlins.

Hochachtungsvoll
„Vorwärts"-Verlag G. m. b. H.

Wie lautet doch die Tagesordnung des Genossen Dr. Drucker von der SPD., der ja auch den „Vorwärts" lesen wird, so wie ihn hoffentlich die Arbeiter-Abstinenten auch lesen? „Arbeiterklasse und Alkoholfrage." Könnte dies nicht ergänzt werden durch: und der Wahnsinn „Vorwärts".

Wäre dies nicht ein feines Thema? Nicht wahr, Arbeiter-Abstinenten, „Vorwärts"-Propaganda-Abteilung und Herr „Genosse" Dr. Drucker?

Kochmann: Die Thüringer „Arbeiter-Regierung" vor Gericht

Die Justizmaschine der Bourgeoisie arbeitet gründlich, wo es gilt, den Proletariern zu beweisen, daß sie und auch ihre „Vertreter" nicht regieren können, d. h. wenn sie auch nur um Haaresbreite einen Regierungsmantel der Noske-Scheidemann abweichen. Am 13. November wurde der Thüringer Ex-„Arbeiter"-Minister Hermann nochmals zu tausend Mark Geldstrafe, im Falle der Nichtzahlung innerhalb eines Jahres zu vier Wochen Gefängnis verurteilt. Es handelt sich um dieselben „Vergehen", die wir schon gelegentlich der früheren Prozesse gegen diese famose „Arbeiterregierung" kommentierten. An Tatsachen handelt sich es darum, daß Hermann Beamte angestellt hat. Ihre Rechtmäßigkeit ist nicht bestritten. H. hat aber, nach der Meinung der völkischen Richter, nicht die „richtigen" angestellt. Die Richtigen waren nicht diejenigen, die am lautesten schreien „Hinein in die Gewerkschaften", sondern O. C.-Leute. Den größten Raum nimmt die Waffenbeschlagnahme und -aufbewahrung ein. Auch hier war es richtig, daß Hermann den Proletariern die Waffen wegnahm. Er durfte sie aber nicht in den Waffenkammern aufbewahren, vielmehr wäre es seine Pflicht gewesen (wie Noske-Scheidemann), sie sofort an die Hakenkreuzler zu verteilen. Dies wäre „Recht" gewesen. Weil H. aber „unrecht" handelte, wurde er verknurrt.

Der Arbeiterschlächter Müller-Brandenburg, der Polizeioberst der „Arbeiterregierung", wurde als durchaus ehrenwerter Mann hingestellt (er ist aus der Sozialdemokratie ausgetreten!), wo er zu Unguasten Hermanns aussagte, wo er aber zu seinen Gunsten wahrheitsgemäß zeugte, wurde er als unglaubwürdig abgelehnt, weil er ja Mitglied der SPD. gewesen ist. Von Interesse für KPD.-Proletarier aber in diesem Prozeß ist noch, daß diese Thüringer „Arbeiterregierung" Geheimakten führte und in der Kaserne extra einen Raum dafür schuf. Diese Einrichtung wurde geschaffen gegen die KPD., als diese in die „Arbeiterregierung" eintrat. Der Verwalter dieser Schreinkasten war Müller-Brandenburg im Auftrage der SPD.-Minister. Dies war das Ehrenwerte an ihm. Neben den Aktenraum waren die Waffen aufbewahrt und den Völkischen vorenthalten. Dies war das „Unehrenwerte". Gleichzeitig aber auch neben der Amtellungsgeschichte die Ursache des Prozesses.

Wenn werden die Proletarier begreifen, daß sie nur „regieren" können, wenn sie selbst die Macht in Händen haben. Das heißt wenn sie die Betriebe erobert haben und diese selbst mit der Waffe in der Hand schützen. Wenn sie ihre Vertreter vor der Werktank in die Räte schicken und sie in bewaffnetem Hand halten? Wann werden die Proletarier begreifen, daß der Wahlschwindel und die Regiererei ihrer „Vertreter" Kräfteversettelung und Stützung der Bourgeoisie bedeutet?

Die Lage der Arbeiterbewegung in Estland

Grausames Wüten der weißen Justiz mit Unterstützung der Sozialdemokratie

Estland ist das kleinste Glied in der Kette der Ruffland umgebenden Randstaaten. Vor dem Kriege und vor der deutschen Okkupation (1918) bestand dort eine ziemlich entwickelte Metall- und Textilindustrie, die sich hauptsächlich in den Städten Reval, Narawa sowie Pernau konzentrierte und etwa 100 000 Arbeiter beschäftigte.

Durch die deutsche Besetzung wurde die Großindustrie Estlands zerstört und das Industrieproletariat zersplittert. Tausende estnische Arbeiter flohen vor dem einsetzenden Terror nach Rußland. Für das Wüten des weißen Terrors sind die Ziffern der Ermordeten ein beredtes Zeugnis. 3000 Ver-

Die Revolution

Und ob ihr sie, ein Edelwild,
mit eures Henkersknechten fingt;
und ob ihr unterm Festungswall
standrechten die Gefangne ging;
und ob sie liegt der Hügel deckt,
auf dessen Grün vom Morgenrot
die junge Bäuerin Kränze legt —
doch sag ich euch: sie ist nicht tot!

Und ob ihr von der hohen Stirn
das weh'nde Lockenhaar ihr schert;
und ob ihr zu Genossen ihr
den Mörder und den Dieb erkürt;
und ob sie Zuchthauskleider trägt,
im Schuh den Napf mit Erbsenbrei;
und ob sie Werg und Wolle spinnt,
doch sag ich euch: sie ist frei!

Und ob ihr ins Exil sie jagt,
von Lande zu Lande hetzt;
und ob sie fremde Horde sucht,
und stumm sich in die Asche setzt;
und ob sie wunde Sohlen taucht
in fremder Wasserströme Lauf —
doch ihre Harfe stummerstarrt
an Babels Weiden hängt sie auf!

O nein — sie stellt sie vor sich hin;
sie schlägt sie trotzig, euch zum Trotz!
sie spottet lachend des Exils,
wie sie gespottet des Schafrotts!
sie singt ein Lied, daß ihr entsetzt
von eures Sonnls euch erhebt;
daß euch das Herz — das feige Herz,
das falsche Herz! — im Leibe bebt!

Kein Klagelied! kein Trauerlied!
kein Lied um jeden, der schon fiel;
noch minder gar ein Lied des Hohns
auf das verworfene Zwischenspiel,
die Bettlerroper, die surrend
ihr plump noch zu agieren wißt,
wie mutig euer Hermelin,
wie fahl auch euer Purpur ist!

O nein, was sie den Wassern singt,
ist nicht der Schmerz und nicht die Schmach —
ist Siegeslied, Triumphgesang!
Lied von der Zukunft großem Tag!
Der Zukunft, die nicht fern mehr ist!
Sie spricht mit frohem Prophetenmut
So gut wie weiland einer Gott:
Ich war, ich bin — ich werde sein!

Ich werde sein, auf erniedernm
vorm den Völkern werd ich gehn!
Auf eurem Nacken, eurem Haupt,
auf eurer Kronen werd ich stehn!

Betrieria und Rächerin und Richterin,
das Schwert entblößt,
ausrecken den Gewalten Arm werd ich,
daß er die Welt erlöst!

Ihr seht mich in den Kerkern blaß,
ihr seht mich in der Grube nur,
ihr seht mich nur als dunkle Spur
auf den Fluren derager Flur —
ihr Blöden, wohn ich denn nicht auch,
wo eure Macht ein Ende hat:
bleibt mir nicht hinter jeder Stirn,
in jedem Herzen eine Statt?

In jedem Haupt, das trotzig denkt!
Das hoch und ungebeugt sich trägt!
Ist mein Asyl nicht jede Brust,
die menschlich fühlt und menschlich schlägt?
Nicht jede Werkstatt, drin es pocht?
nicht jede Hütte, drin es kocht —
bin ich der Menschheit Odem nicht,
die rastlos nach Befreiung lockst?

Drum werd ich sein, und wiederum
vorm den Völkern werd ich gehn!
Auf eurem Nacken, eurem Haupt,
auf eurer Kronen werd ich stehn!
's ist der Geschichte ehernes Muß!
Es ist kein Rätsen, ist kein Drohn —
der Tag wird heiß — wie wehet du kühl,
o Weidenlaub von Babylon!

— Freiligrath

Jahre 14 361, im Vorjahre 13 217 und im Jahre 1910 nur 2056. Die Lage der Textilindustrie spiegelt sich wieder in der Arbeitslosenziffer. Mitte Oktober werden 25 700 Vollarbeitslose gezählt, das ist etwa ein Viertel der Gesamtarbeitenschaft dieser Industrie. Die weitaus größte Zahl der in den Betrieben stehenden Arbeiter arbeitet kurz. Nur 20 v.H. arbeiten sechs Tage, 30 v.H. fünf Tage, 22 v.H. drei Tage, 8,6 v.H. zwei Tage. Das bedeutet, daß die Industrie weit unter der Hälfte des Vorkriegsstandards beschäftigt ist. Trotzdem machen die Industriellen einen Vorstoß über den andern gegen den Achtstundentag.

Die polnische Krise ist eine unmittelbare Wechselwirkung der Valutastabilisierung, also eine „Gesundungskrise". Das sich die Gesamtwirtschaft in der Lage der Textilindustrie befindet, geht aus den minimalen Umsatzmitteln des Landes hervor. Sie betragen auf den Kopf der Bevölkerung zur 6 Goldfranken, gegen z. B. 168 in den Vereinigten Staaten, 164 in der Tschechoslowakei, 76 in Italien, 37 in Rumänien, 13 in Deutschland. Ueber die gleichungunstige Lage der andern großen Industrie des Landes, der Montanindustrie, haben wir vorhingst berichtet.

Zunehmende Passivität der englischen Handelsbilanz.

Der Wert der Einfuhr betrug im Oktober 120 458 328 Pfd. Sterl., Gegenüber dem Oktober 1923 bedeutet das eine Zunahme von 20 539 840 Pfd. Sterl. Der Wert der Ausfuhr betrug nur 68 566 688 oder 2 736 293 Pfd. Sterl. weniger als im Oktober 1923.

Hochöfen auf Borneo

Errichtung einer neuen kolonialkapitalistischen Schwerindustrie.

Holländische Industrielle beabsichtigen im südöstlichen Teile von Borneo eine Hochofenindustrie ins Leben zu rufen. Die Beteiligung englischen und amerikanischen Kapitals ist gesichert. Auch die (holländische) Kolonialverwaltung, also der holländische Staat wird sich mit 20 Millionen Gulden beteiligen. Man beabsichtigt mit einem Kapital von 70 Millionen holländischen Gulden zu beginnen.

Borneo ist fast zweimal so groß wie Deutschland und gehört zu mehr als zwei Dritteln Holland, der Rest gehört an England. Es ist die größte der Sunda-Inseln und die größte Insel Asiens. Die Insel hat Gold, Diamanten, Perlen, Blumenmarkt (Honig und Wachs), Gewürze und Eisen und Kohle. Die Bedingungen für eine Montanindustrie sind günstig, da das Kohlen und Eisenpulver am Meere gelagert ist. Borneo dürfte rund drei Millionen Einwohner zählen, zum größten Teile Malaien und Chinesen.

Die Hochofenindustrie bedingt die Erschließung des Kohlenbergbaus und ist die Plattform für die Schwerindustrie. Die Maschinen- etc. Eisenindustrie wird nicht lange auf sich warten lassen. Zumal die Kolonien — Indien, auch China — flott industrialisieren und die Maschinen dazu aus dem teuren Europa und Amerika beziehen. Willige und billige Arbeitskräfte hat Borneo in großer Anzahl. Und die Verbilligung der Produktion, d. h. die Ausschaltung der Konkurrenz ist hier der Vater des Gedankens.

Hier erweist sich wieder, daß der Kapitalismus sein eigener Totengräber ist. Nicht nur durch Proletarisierung der Bevölkerung, sondern sich dadurch, daß er sich die eigenen Absatzgebiete verschafft. Die Absatzgebiete die für eine Montan- resp. auch Maschinen-, Eisen- und Eisenwarenindustrie in Frage kommen, beziehen heute hauptsächlich nur noch die Produkte dieser Industrien aus den Ländern des alten Kapitalismus, während sie sich im Warenbezug mit der eigenen Industrie — die aus Profitnotwendigkeit von dem Kapitalismus der alten Industrieländer geschaffen wird — immer mehr unabhängig machen. Profitbedürfnis zwingt jetzt diesen Kapitalismus sich auch diese Absatzmöglichkeiten zu zerstören. Das große Kapital, rund 130 Millionen Goldmark, verbürgt dafür, daß mit der Errichtung der Hochöfen modern großkapitalistisch begonnen wird. Die notwendige Erschließung des Kohlenbergbaus hat naturnotwendig auch die Errichtung einer chemischen Industrie im Gefolge. Asien ist heute aber der bedeutende Abnehmer der europäischen chemischen Industrie.

Die geringe Kaufkraft, die durch die Kulilöhne bei der eingeborenen Kolonialbevölkerung geschaffen wird, bedingt die Zerstörung eines vielfachen Quantums Kaufkraft in Europa. Die Errichtung einer Hochofenindustrie auf Borneo sind die Triebkräfte, die in einigen Jahren viele Zehntausende, vielleicht Hunderttausende europäischer Proletarier aufs Pflaster werfen! Borneo ist nur ein Symptom. Die junge Kolonialindustrie der ganzen Welt rüstet allerhalb, um sich durch den alten Kapitalismus erdrückt zu werden. Dieses Symptom aber ist ein weiterer Baustein unserer Theorie — der Akkumulationstheorie Rosa Luxemburgs — daß sich der Kapitalismus in seiner Todeskrise befindet!

Aus Rheinland-Westfalen

Die K.A.P.D.-Essen in den ersten Wahlversammlungen

Am Sonntag, den 9. November trafen die Essener parlamentarischen Arbeiterparteien in den „Kampf" um die Stimmen der Arbeiter für den parlamentarischen Wahlschwindel. Die KAPD. benutzte diesen Anlaß, um in allen Versammlungen ihre konterevolutionären Bestrebungen der parlamentarischen Parteien zu geißeln und den Weg zum Sieg der Arbeiterschaft vermittels der revolutionären Betriebsorganisation anzuzeigen.

In Königstellte bei Essen fand am Sonntag, den 9. November eine öffentliche Bergarbeiter-Versammlung der Hand- und Kopfarbeiter-Union statt. Der Referent versuchte die anwesenden Kumpels den Kohl des Betriebsrätekongresses schmackhaft und die Notwendigkeit der Wahl von „Kommunisten" klar zu machen. In der Diskussion sprachen zuerst einem christlichen Bergarbeiter ein KAJ. und ein KAP.-Genosse. Der KAPD.-Genosse zeigte den anwesenden Unionisten das schmähliche Spiel auf, welches mit ihnen durch das Zurückgehen in die Gewerkschaften getrieben wird und forderte auf, dem Beispiel der Hand- und Kopfarbeiter-Union von Barmen, Bredenscheid, Hattingen usw. zu folgen und zur Allgemeinen Arbeiter-Union zu kommen. Das Schlußwort des Referenten war eine klägliche Verteidigung, den Beschluß der Zentrale der Hand- und Kopfarbeiter-Union, der die Mitglieder außerdem in die Gewerkschaften zurückzugehen, stritt er glatt ab. Die Mehrzahl der anwesenden Unionisten bekundete unserem Genossen, auf keinen Fall in die Gewerkschaften zurückzugehen. Ein Ohmann der Schachtanlage forderte unsere Adresse, damit wir in der nächsten Betriebsversammlung sprechen können.

Zu gleicher Zeit wie in Königstellte fand in Kray bei Essen eine Wählerversammlung der KPD. statt. Hier sprach ein Gemeindeabgeordneter der KPD., jammerte über die Schädlichkeit der Bürgerlichen und SPD., die ihnen jede „positive" Arbeit unmöglich machten und forderte zum Schluß auf KPD. zu wählen. Auch hier war die KAP. vertreten. Ein KAP.-Genosse zerpflückte in der Diskussion all die Illusionen von der Arbeit im bürgerlichen Parlament, zeigte auf, wie die Beteiligung der KPD. am Parlament diese zwangsläufig zur „positiven" Mitarbeit in Ausschüssen usw. und damit zum Verrat an der Arbeiterklasse zwingt, und daß Arbeiterklasse nur unter dem Ruf „Alle Macht den Räten" siegen wird. Da der Referent diesen Argumenten nicht gewachsen war, holte man flugs einen Funktionär der KJ., der vor der KAP. warnte, die eieben bis acht „Richtungen" habe und außerdem keine „illegale" Arbeit, worüber er nicht weitersprechen dürfe, leiste. Der Referent sprach in seinem Schlußwort über die Beseitigung der Taubensteuer in Kray.

Die SPD. hatte ihre erste Wahlversammlung am Montag, den 10. November in Essen im Saalbau. Das gesamte Reichsbanner „schützte" die Veranstaltung, die von zirka 500 Kleinbürgern besucht war, die den großen Saal kaum zur Hälfte füllten. Um keine unliebsame Diskussion aufkommen zu lassen, hatte man gleich zwei Referenten verschrieben. Herr Düring aus Bremen, Frau Prof. Funk und zur Reserve den M.d.L. Limbertz. Die Referate bewegten sich im Rahmen der üblichen SPD.-Phraseologie. Man beschwor die Proletarier am 7. Dezember ihr „Schicksal zu entscheiden" und sozialdemokratisch zu wählen. Frau Professor Funk gab Jammerbilder aus der Ebert-Demokratie zum besten und zählte die Tränendrüsen der Frauen. Als erster Diskussionsredner versuchte ein KAPD.-Genosse zu sprechen. Nach den ersten Sätzen setzte ein Tohen der „Reichsbannerleute" ein. Das sich fortgesetzt so steigerte, daß der Vorsitzende unseren Redner das Wort entzog. Hinzu zum folgenden KPD.-Mann erging es ähnlich. Auch er mußte unter Brüllen und Tohen abtreten. Nun sprang Limberts, SPD., in die Breche und verteidigte die „Segungen" des Dawes-Gutachtens. Noch ihm bekam Düring-Bremen das Schlußwort. Die anwesenden KAP.- und KPD.-Genossen verließen daraufhin demonstrativ den Saal, begleitet vom „Reichsbanner". Als so ziemlich alle Genossen auf der Straße waren, stürzten sich die Reichsbannerleute auf die letzten hinausgehenden Jugendlichen und schlugen sie mit schweren Eichenstöcken blutig nieder. Die Arbeiter, die sofort wieder auf den Saal zu eilten, wurden dort von einem großen Polizeiaufgebot in Gemeinschaft mit dem Reichsbanner empfangen. So endete diese „demokratische" Versammlung mit einer blutigen Niederschlagung von Arbeitern.

Am nächsten Tag fand im Nordparksaal in Essen die erste öffentliche Wählerversammlung der KPD. statt. Referent Sabottka, M.d.L. Seine Ausführungen gingen darauf hin, zu beweisen, daß die Volkspartei monarchistisch sei, Zentrum und Sozialdemokratie arbeiterfeindlich und deshalb die Proletarier am 7. Dezember „demokratisch kommunistisch wählen" müßten, um so auch die Leiden der politischen Gefangenen abzukürzen. Ein KAP.-Genosse geißelte in der Diskussion in scharfer Form diese konterevolutionäre Illusionspolitik der KPD. Wenn dies schon zeigt, daß der ganze Parlamentarismus Unsinn und schädlich ist, so darf man sich nicht daran beteiligen, sondern muß ihn zerschlagen. Die Vorgeiele der sächsischen und thüringischen Arbeiter-Regierung beweisen, wie welches Verrat die Beteiligung am Parlament führt. Am 7. Dezember gilt es nicht einen Stimmzettel demonstrativ abzugeben, sondern der Bourgeoisie unter dem Schlachtruf „Alle Macht den Räten" eine eiserne Kampffront entschlossener Arbeiter in den Betrieben und Stempelmärkten entgegenzustellen. Nur durch den konsequenten Klassenkampf kann die Arbeiterklasse sich und ihre Gefangenen befreien.

Nachdem noch ein parteilosser Arbeiter gegen die Beteiligung an den Wahlen gesprochen hatte, ergriff der KPD.-Mann Stetter das Wort um den KAP.-Genossen als Antibolschewisten und dummen Jungen hinzustellen, dem man auf die Finger und auf das Maul schlagen müsse." Im übrigen sollte sich die Versammlung nicht immer die abgedroschenen KAP.-Tiraden von den ewig dummen Jugendlichen gefallen lassen. Nach dieser Weisheit ergriff Sabottka das Schlußwort, um die belanglosen Ausführungen des Herrn von der KAP." eine halbe Stunde lang zu zerpflücken. Da der andere sagte er auch, daß die Arbeiter in der KAP. zum Teil revolutionär wären, aber in Essen sind nur Konterrevolutionäre und deshalb müsse man hinsogen vorgehen. Ermutert hierdurch, wollten ein paar KPD.-Leute auch gleich ein paar Jugendgenossen an die Luft setzen. Nun, das gelang nicht. Wir werden uns auch in Zukunft durchsetzen.

Diese Versammlungen bewiesen durch ihren verhältnismäßigen schwachen Besuch, das die Proleten es satt haben, sich von den Führern für den Wahlschwindel mißbrauchen zu lassen. Alle KAPD.-Genossen haben die heilige Pflicht, durch unermüdliche revolutionäre Arbeit den Ruf: „Nieder mit dem Parlament! Alle Macht den Räten!" zur Tat werden zu lassen.

Die Krappsche Knochenmühle

Die Firma Krupp ist eine der schlimmsten Ausbeuterfirmen. Nachdem man Tausende von Arbeitern entlassen hat, müssen die übrigen bei verkürzten Löhnen und verlängerter Arbeitszeit unmenschlich schuften. Ein Teil der Arbeiter muß, trotzdem genügend Arbeit vorhanden ist, verkürzt arbeiten und soll durch ein ausgeklügeltes Akkordsystem gezwungen werden, in vier Tagen den Gleiche zu schaffen wie in sechs. Alle Ausbeutungsmaßnahmen werden dadurch ermöglicht, daß man die meisten revolutionären Arbeiter auf die Straße gesetzt hat, sodaß die noch im Betrieb befindlichen Proleten, aus Furcht nicht ebenfalls aufs Pflaster geworfen zu werden, ruhig sind und in dumpfer Wut weiterschuften. In letzter Zeit ist man dazu übergegangen, durch technische Verbesserungen einen weiteren Teil von Proleten überflüssig zu machen und auch zu entlassen.

Die Firma hat am Hafengelände ein neues Walzwerk errichten lassen, das mit den besten Walzmaschinen eingerichtet ist und 4,5 Millionen Mark gekostet hat. Wer dieses Werk gesehen hat, der muß zugeben, daß die Firma tatsächlich alle technischen Errungenschaften ausgenützt hat, um mehr und billiger zu produzieren. Es steht ja nun fest, daß die Arbeit im neuen Walzwerk für den Arbeiter bedeutend weniger Gefahren mit sich bringt, da nach den neuesten Erfindungen die großen Blöcke, sowie die gewaltsten Stangen usw. mechanisch bewegt werden und kein Arbeiter mehr in die Nähe dieser glühenden Eisenmassen gelangt. Man sollte meinen, daß diese technische Errungenschaft der Arbeiterschaft zum Vorteil gereichen müßte. Aber weit gefehlt. Das neue Walzwerk beschäftigt 120 Arbeiter. Dieses 120 Arbeiter leisten zehnmal mehr als früher in derselben Zeit 3000. Die Firma hätte also, um dieselbe Leistung zu erreichen, wie sie jetzt im neuen Walzwerk erreicht wird, 30 000 Arbeiter haben müssen. Sie braucht aber statt 30 000 nur 120 Arbeiter. Was geschieht unterm Kapitalismus mit den überzähligen Arbeitern? Sie werden aufs Pflaster geworfen. Sie werden dem größten Elend preisgegeben, während die neueste technische Erfindung der Firma den größten Profit abwirft. Aber auch die Arbeiter, die im neuen Walzwerk arbeiten, denen die besten Maschinen zur Verfügung stehen, brauchen nicht mit einer Arbeitszeitverkürzung zu rechnen. Trotz der riesigen Leistungsfähigkeit müssen sie täglich zehn Stunden schuften müssen. Die Entwicklung der Technik dient im Kapitalismus zur dem Profit. Erst die kommunistische Gesellschaft gibt der Entwicklung der Technik einen anderen Zweck. In der kommunistischen Gesellschaft wird die Arbeitszeit aller Arbeiter verringert. Die Verbesserung der Maschinen wird den Menschen Zeit lassen, um ihrem Leben einen neuen Inhalt zu geben.

Aus der Praxis der Gewerkschaftsreaktionierung

In Rheinland-Westfalen gibt es in den verschiedenen Orten Gewerkschaften, die von der KPD. erobert sind oder waren. Einige haben durch ihre jämmerliche Rolle z. B. Remscheid eine traurige Berühmtheit erlangt. In Essen war der Deutsche Metallarbeiterverband von der KPD. „erobert". Der erste Revolutionäre Klachkat wurde von der KPD. gestellt. Als dieser aus vom ADGB. vor die Entscheidung gestellt wurde, entweder aus der KPD. auszutreten oder von seinem Posten zu fliegen, da wählte jener „Gewerkschaftseroberer" das erstere, trat aus der KPD. aus und schwenkte ins Lager der Amsterdamer. So steht nun die KPD. in Essen vor der traurigen Tatsache, ihren ehemaligen Revolutionärer jetzt selbst zu revolutionieren und die „Eroberung" des DMV. aufs neue vorzunehmen. Die in den letzten Wochen stattgefundenen Generalversammlungen sollten die Entscheidung bringen, ob die Amsterdamer oder die Moskauer Sozialdemokraten die Gewerkschaftsbesitzer und Proleninnahen werden sollten. Von beiden Seiten wurden Sehnstikbiel in Bewegung gesetzt, jeder wie er seinen Verräter. Am 9. November war die entscheidende Generalversammlung, in der Klachkat seinen bezahlten Posten mit Händen und Füßen verteidigte und — auch siegte. Er konnte nämlich aus der Zeit seiner Zugehörigkeit zur KPD. allerlei Erbaulichen über die Praxis der heutigen „Eroberer" und KPD.-Leute aus und da mögen die noch im DMV. befindlichen Proleten wohl zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß die Amsterdamer in der Praxis auch nicht schlimmer sein können und ihre Verräterei auch often zugeben. Die Hauptargumente der KPD.-Leute waren, daß Klachkat die Amsterdamer den Achtstundentag preisgegeben hätte. Klachkat brachte nun ein Dokument mit, der bewies, daß das neue KPD.-Postenanwärter und Gewerkschafterevolutionier Idel ein Abkommen unterzeichnet hätte, wonach die Wäsche bei Krupp 12 Stunden für schmutzige Bezahlung arbeiten müßten. Ein anderer KPD.-Wortkämpfer für den Achtstundentag, Teichert, arbeite wöchentlich 70 Stunden, schiebe eine freiwillige Sonntagsschicht, die andere DMV.-Mitglieder ablehnen.

In gleicher Weise wurde die Praxis der übrigen KPD.-Wortführer entlarvt, die waren genauso solche „Verräter am Achtstundentag" wie die Amsterdamer. Unsere unermüdliche Arbeit muß es sein, den Arbeitern an Hand dieser Beispiele immer und immer wieder zu beweisen, daß sie weder mit reaktionär noch mit linker Führung durch die Gewerkschaften etwas erreichen, sondern daß das gewerkschaftliche System jeden zwingt, zum Verräter an seinen Klassengenossen zu werden. Der Rückgang im DMV. im Industriegebiet ist gewaltig, unsere Arbeit muß es sein, diese Arbeiter alle in der AAU. zu organisieren, um eine kompakte Front zum Sturze der kapitalistischen Gesellschaft und der Beseitigung unseres Elends zu schaffen.

Mitteilungen,

GROSS-BERLIN

Achtung! Arbeitsausschuß! Die Sitzung am Mittwoch (Buling) fällt aus.

Soeben erschienen:

„Rote Jugend"

Kampforgan der Kommunistischen Arbeiterjugend

Nr. 10 Preis 10 Pf.

Aus dem Inhalt:

Jugend und Revolution — 20 Jahre proletarische Jugendbewegung — Arbeiterjugend und Gewerkschaftsfrage — Die „Junge Garde" auf dem Lügenfeldzug — KJ. und SAJ. unter gleichen Parolen usw.

Arbeiter! Lest und verbreitet die „Rote Jugend". Zu beziehen durch die Ortsgruppen der KAJ. und durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49.

Verantwortl. Red.: u. Herausgeber: Carl Helbig, Düsseldorf. Druck: Karl Bergmann, Berlin S 42, Oranienstraße 160.

GROSS-BERLIN

Oeffentliche Versammlung

Donnerstag, den 20. November, abends 7 Uhr

Phorus-Säle, Müllerstraße 142

Thema:

Das Dawes-Gutachten — Die kommenden Reichstagswahlen und die Arbeiterklasse

Freie Aussprache

In Kürze erscheint in neuem Gewande

PROLETARIER

die Kommunistische Zeitschrift für revolutionären Klassenkampf

5. Jahrg. Nr. 92

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mk.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

November 1924
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29
(Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Die Lehren des Hochbahnerstreiks

Teile und herrsche

Der Berliner Hochbahnerstreik ist am Donnerstag, den 20. November nach 10 tägiger Dauer beendet worden. Die Arbeit ist auf der Grundlage des Tarifvertrages und des Schiedspruches wieder aufgenommen worden, d. h. die Hochbahner haben sich dem durch den Sozialdemokraten Wissel für verbindlich erklärten Schiedsspruch, den sie erst fast einstimmig ablehnten, beugen müssen. Der Streik dieser verhältnismäßig kleinen Berufsgruppe birgt doch sehr viel Lehren für das gesamte Proletariat in sich. Es ist müssig, als Gewerkschaftsmitglied dauernd über den Verrat der Spitzen zu schreien oder sich über die mangelnde Solidarität der andern Berufsgruppen aufzuhalten, ohne jemals ernstlich über die Zusammenhänge in diesem System nachzudenken.

Niemand kann es ein Geheimnis sein, daß die Gewerkschaften Tarifkontrahenten sind und auf dem Boden der Rechtsverfassung der Republik stehen, d. h. daß sie verpflichtet sind, für verbindlich erklärte Schiedssprüche einzutreten. Dieses wissen die gewerkschaftlich organisierten sowie unorganisierten Hochbahner, sowie das gesamte Proletariat. Dadurch, daß es nun immer wieder wählt, erkennt es doch diese kapitalistische Ordnung, die in Wirklichkeit eine Unordnung ist, an. Das Proletariat begibt sich immer wieder auf den Boden der kapitalistischen Rechtsprechung, macht sich dessen Ideologie zu eigen und schiebt seine dreckige Lage dem schlechten „Führer" oder der schlechten Organisation in die Schuhe ohne zu bedenken, daß man von einer bestimmten Grundlage eben garnicht anders handeln kann. Die Lehren des Hochbahnerstreiks sind so offensichtlich, daß sie jeder Proletarier, dem der Klassenkampf mehr als ein Schlagwort ist, klar erkennen kann.

Das Proletariat muß erkennen, daß es in diesem System der Ausbeutung der Menschen durch die Menschen nur ein Interesse wahrzunehmen gilt und zwar sein Lebensinteresse. Diese Interessen sind nur in der Bedarfswirtschaft durchzuführen. Innerhalb dieser Gesellschaftsordnung muß das Proletariat immer mehr verelenden und zwar aus Gründen, die wir schon unzählige Male dargelegt haben. Dadurch, daß sich das Proletariat immer wieder nach Berufen organisiert mit dem ausgesprochenen Ziel, seine Lebenslage innerhalb des Kapitalismus zu verbessern, stellt es sich, wenn auch zurzeit unbewußt, der Bourgeoisie und deren Handlangern, seinen „Führern" als Knetmasse zur Verfügung. Als eine Masse, die man formt und knetet, wie es gerade notwendig ist und der man auch alles bieten darf, da dieselbe ja das Denken bezahlten Männern überträgt und die ihnen dafür schon den „richtigen" Weg des Handelns vorschreiben.

Folgt die Masse mal ihrem sozialen Instinkt und bäumt sie sich auf gegen den realen Weg ihrer „Führer", dann läßt man solche Gruppe ruhig mal gewähren, unterstützt sie im ersten Moment noch etwas mit Gewäsch, so wie es der „Vorwärts", bei den Hochbahnern tat, sorgt aber im übrigen für schöne Isolierung der einen Gruppe. Wenn dann der Kampfrausch abgeflaut ist, kommt der Dreh. Weil die Widerstände zu groß waren und mangelndes Organisationsverhältnis und mangelnde Solidarität zu verzeichnen sind, raten wir von einer Weiterführung des Kampfes ab. Diese Tiraden sind jedem, Proletarier in Deutschland seit 1918 bekannt. Fürs nächste Mal besser. Organisiert euch alle in den Gewerkschaften, rufen alle Nutznießer dieses Systems, daran ändert auch nichts, daß die „Kommunisten" schreien: „Macht dieselben zu „Kampfgewerkschaften!"

Teile und herrsche ist die Grundlage dieser Profitordnung. Teile und herrsche ist auch die Grundlage aller Organisationen, die nur in dieser „Ordnung" ihre Existenzberechtigung haben, der freien Gewerkschaften. Die nach den Berufen organisierten Massen kommen aus ihrem Berufsdenken nicht heraus. Jede kämpfende Berufsgruppe, die der andern mangelnde Solidarität vorwirft, tut dasselbe im nächsten Augenblick, wenn ihre Berufsfrage erledigt ist. Haben sie einen Augenblickserfolg erzielt, sind sie stolz auf „ihre" Gewerkschaft, hat's nicht geklappt, räsoniert man, tritt aus oder schwört in heller Verzweiflung „Kommunisten" zu wählen. Wo nun an und für sich durch die Gleichmäßigkeit der Arbeit eine gewisse innere Solidarität bedingt ist, wie es bei den Bergsklaven der Fall ist, versucht man die einzelnen Reviere zeitlich getrennt zum Verhandlungstisch zu bekommen, damit sie beim Aufbäumen desto besser niedergerungen werden können. Das andere Revier hat ja noch keine Verhandlungen, da wissen wir ja noch nicht, was draus wird, folglich können wir auch nicht mitmachen. Etwas Sammellistensolidarität und die Sache ist erledigt. Seit Jahren wiederholt sich dieses Spiel vor dem Auge und auf dem Rücken des deutschen Proletariats. Seit Jahren hat es ungeheure Erfahrungen in revolutionären Klassenkampf sammeln und praktisch in die Tat umsetzen können. Doch wie ein trotziges Kind verschließt das deutsche Proletariat seine Augen vor Selbstverständlichkeiten. Es will nicht sehen, daß die Augenblickserfolge seiner Berufsorganisationen wohl einer bestimmten Führerschicht ein gutes Dasein gewährt, aber an der Klassenlage des Gesamtproletariats absolut nichts geändert ist.

Es will weiter nicht erkennen, daß die Bourgeoisie im eigenen Interesse, im Interesse des Mehrwerts, des Profits, so grausam gegen das Proletariat handeln muß. Daß eben die Kosten zwei verlorener Kriege bezahlt werden müssen und dies nur das Proletariat durch erhöhte Ausbeutung und weniger Verbrauchen kann.

Der Hochbahnerstreik in Berlin hat zum soundsovielsten Male bewiesen, daß die Gewerkschaften Feinde der Klassensolidarität sind und sein müssen. Daß die Gewerkschaften dem System der Bourgeoisie teile und herrsche, sich genau angepaßt haben. Klar ersichtlich ist aus dem Hochbahnerstreik, daß die Gewerkschaften nicht wie die „Rote Fahne" vom 21. November ruft, gestärkt, sondern zerschlagen werden müssen. Daß der Berufsegoismus der Klassensolidarität Platz zu machen hat, die nur dann voll in Erscheinung treten kann unter Aufzeigung und Erringung des Klassenziels. Sturz dieser verruchten Gesellschaftsordnung, wenn sich das Proletariat in den Betrieben als Klasse in revolutionären Betriebsorganisationen zusammenschweißt und sich somit zum bestimmenden Faktor innerhalb seiner Klassenkampforganisation macht.

Wer heute noch nach den sechs Jahren bitterer Erfahrung erkennt dem Proletariat zuruft: „Hinein in die Gewerkschaften!" ist entweder ein nicht ernst zu nehmender Narr oder ein bezahltes Subjekt, daß dadurch seine gesicherte Existenz hat.

Die Niederlage der kleinen Berufsgruppe der Hochbahner kann zum Sieg des gesamten Proletariats werden, wenn das Proletariat die Ursachen dieser wie aller bisherigen Niederlagen versucht zu ergründen, erkennt und sie in Zukunft durch Stärkung der revolutionären Front vermeidet.

Dumpf ahnen es viele Proletarier, daß sie es bewußt erkennen und danach handeln soll immer erneut unsere Aufgabe und Lehre sein, die wir aus dem Hochbahnerstreik ziehen.

GROSS-BERLIN

2. Oeffentl. Versammlungen

Mittwoch, den 26. November, abends 7 Uhr, Neukölln, Karlsgartenstr., Restaurant Karlsgarten

Die K.A.P.D. und die Reichstagswahlen

Charlottenburg, Guericke Str 32, (Schul-Aula)

Thema:

Wie sieht sich das Proletariat zu den kommenden Wahlen?

Wahlparole „Aufwertung"

Es ist ne alte Geschichte, doch bleibt sie ewig neu usw. Solange das parlamentarische System besteht, solange besteht auch das Wahlversprechen, der Wahlschwindel. Alle parlamentarischen Parteien müssen stets versuchen, eine geeignete Wahlparole zu finden, mit der es dann gelingen soll, die Massen des Stimmviehs zu ködern. Und es ist geradezu unbegreiflich, wie die Menschen des 20. Jahrhunderts, die doch den Anspruch auf eigenes Denken, auf kritisches Denken erheben, immer wieder blindlings, wie ein Stier auf ein rotes Tuch, aufs Wahlklosett losstürmen um dort ihre Sehnsucht und Hoffnung einem Zettel anzuvertrauen.

Die große Sehnsucht und Hoffnung des sparsamen deutschen Michels, des ehrsamen deutschen Bürgers nach seinen verschwundenen Spargroschen spielte schon bei den vergangenen Reichstagswahlen im Mai 1924 eine ungeheure Rolle.

Damals standen die gläubigen Massen noch ganz frisch unter dem verheerenden Eindruck der Inflation, die viele Untertanen ins Irrenhaus gebracht hat; aber noch mehr Proletarier, — die um ihr nacktes Leben kämpften und nicht wie ein altes, unbrauchbares Stück Vieh verrecken wollten, — ins Zuchthaus. Noch täglich wütet die Justizguillotine dieser demokratischen Republik unter Assistenz der Sozialdemokratie, und fast teilnahmslos läßt das deutsche Proletariat diesen Klassenterror über sich ergehen. Die Bourgeoisie rühmt sich noch damit und verkündet zynisch, daß die exemplarischen Strafen zegen die Aufwiegler außerordentlich beruhigend auf die Bevölkerung gewirkt haben und noch wirken. Auch ein Lob für das deutsche Proletariat.

Die Mai- oder Inflationswahlen brachten im wesentlichen zum Ausdruck, daß die Erfüllungspolitik die Zerstörung der Währung gebracht habe. Die durch die Inflation ruinierten Mittelschichten wählten in ihrer rasenden Verzweiflung über ihre verlorenen Spargroschen entweder treutentsch oder russisch-deutsch, entweder Deutschnational oder Völkisch oder die andere Paarung von Nationalismus, den „Kommunismus" der 3. Internationale für Deutschland zugeschnitten. Sie glaubten, daß die Stimmzettelabgabe für das eine oder andere Extrem den Stein irgendwie ins Rollen bringen würde und dann eventuell doch vielleicht so oder so etwas eintreten müßte, was ihnen, den sittsamen Bürgern, den braven Arbeitern, die den Krieg mit ihrer Kriegsanleihe so schön haben durchhalten helfen, die lang ersehnte und erhoffte Aufwertung bringen würde.

Alle diese Wahlmassen können es gar nicht verstehen, daß die „Konjunktur" von 1922 und 1923 nur eine Scheinkonjunktur und nur möglich war durch die rücksichtsloseste Enteignung der wirtschaftlich schwachen Kräfte. Eben des Mittelstandes und des sparsamen, fleißigen Arbeiters, der durch allerlei Entbehrungen und sonst noch welchen Gründen zu dem kleinen Reservefond auf der Sparkasse gelangt war, den er in barem Gold oder Silber eingezahlt hatte. Nur durch die vollständige Ausschöpfung dieser Quelle sowie der des Staates, konnte die deutsche, konzentrierte Schwerindustrie den Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt bestehen und Absatz für die deutschen Produkte finden. Dazu kamen noch, die durch die Inflation bedingten „Löhne", die einfach keine Löhne mehr waren. Jeder indische Kuli verdiente mehr, als der hochentwickelte moderne deutsche Industriearbeiter trotz seiner, oder gerade durch seine starken „Kampf"-Gewerkschaften erhielt.

Die Hoffnungen, die die wild gewordenen Spießer auf die Flügelparteien gesetzt hatten, haben sich nicht erfüllt. Wohl ist ein Gesetzentwurf eingebracht, auch ein Aufwertungsausschuß eingesetzt worden; doch haben dessen Verhandlungen erkennen lassen, daß mit einer Aufwertung, wie sie sich die Sparkassenguthabenbesitzer und Kriegsanleihezeichner gedacht haben, nicht zu rechnen ist. Große Enttäuschung bei den „gesitteten" Menschen deutscher Nation, das es wieder mal nichts ist.

An dieses Gefühl knüpfen nun wieder allerlei Konjunkturpolitiker an und alle parlamentarischen Seelenfänger und Verkäufer nehmen die Frage der Aufwertung in ihr Wahlprogramm auf. Sogar Aufwertungsausschüsse haben sich gebildet, die sich jedenfalls einer Aufwertungspartei, was sie nämlich alle sind, werden anschließen müssen, wenn sie nicht in der Luft hängen wollen.